

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

44–45/2007 · 29. Oktober 2007



Oktoberrevolution

Leonid Lukš

1917 und 1991 – zwei Revolutionen im Vergleich

Jörg Baberowski

Was war die Oktoberrevolution?

Norman Naimark

Revolution, Stalinismus und Genozid

Irina Scherbakowa

1917/1937 und das heutige Russland

Gerd Koenen

Der deutsch-russische Nexus

Abraham Ascher

Das revolutionäre Russland in der Welt

Editorial

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution galt als Fanal einer neuen Zeit. Das feudalistische Regime des Zaren war am Ende. „Das russische Wunder“ diente der kommunistischen Bewegung und linken Intellektuellen weltweit als Vorbild. Als die Bolschewiki unter der Führung Lenins 1917 die Macht errungen hatten, propagierten sie das Ende aller Ausbeutung und setzten auf die proletarische Weltrevolution. Große Hoffnungen verband Lenin mit der weit fortgeschrittenen revolutionären „Klassenlage“ in Deutschland. Doch dort gelangten die Nationalsozialisten an die Macht. Der Sieg gegen Hitler im Großen Vaterländischen Krieg wurde zum nationalen Mythos der Sowjetunion.

Ende der 1980er Jahre bröckelte zuerst der Kordon aus Satellitenstaaten, bevor die Sowjetunion selbst zerfiel. Funde aus den bis dahin nicht zugänglichen Archiven belegen, welche Schreckensherrschaft Stalin errichtet hatte. Auch vom Bild des „guten Lenin“ bleibt wenig, hatten die Bolschewiki doch schon unmittelbar nach dem Umsturz den „Roten Terror“ ausgerufen. Die „Entkulakisierung“ hatte furchtbare Hungersnöte zur Folge. Die Chiffre „1937“ steht für unermessliches Leid, für Schauprozesse, Massenverhaftungen, Hinrichtungen und Deportationen. Das Gulag-System wurde nach Stalins Tod abgeschafft, doch auf die kurze Periode des „Tauwetters“ folgten lange Jahre der Stagnation.

Im heutigen Russland dient der Rückgriff auf die Zeit des Sowjetimperiums zur Legitimation einer nationalen Idee. Die Popularität Lenins und Stalins steigt wieder. In der „gelenkten Demokratie“ haben es Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen schwer, die Aufarbeitung und kritische Bewertung der neueren russischen Geschichte voranzutreiben.

Hans-Georg Golz

Leonid Luks

1917 und 1991 – zwei Revolutionen im Vergleich

Essay

Vor 90 Jahren beseitigten die Bolschewiki in Russland ein System, das Lenin noch einige Monate zuvor in seinen April-Thesen als „das freiheitlichste der Welt“¹ bezeichnet hatte. Sie errichteten an dessen Stelle das erste totalitäre Regime der Moderne.

Leonid Luks

Dr. phil., geb. 1947; Professor für Mittel- und Osteuropäische Zeitgeschichte an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien, Ostenstraße 27, 85072 Eichstätt.
leonid.luks@ku-eichstaett.de

Das damalige Scheitern der russischen Demokratie wird oft auf die Eigenart der russischen Mentalität oder auf einen geschichtlichen „Sonderweg“ zurückgeführt, der sich vom

Weg des Westens grundlegend unterscheidet. So zeichnet sich die russische Geschichte in den meisten Epochen durch die Allmacht des Staates und eine Ohnmacht der Gesellschaft aus. Die Autonomie der Stände oder der Städte, die im Westen ein Gegengewicht zur Machtzentrale darstellte, hat sich in Russland kaum entwickelt. Der russische Historiker Pavel Miljukov sagt in diesem Zusammenhang: Im Westen hätten die Stände den Staat, in Russland hingegen habe der Staat die Stände erschaffen.

Lässt sich der Zusammenbruch der „ersten“ russischen Demokratie darauf zurückführen, dass die Gesellschaft, die sich nach dem Sturz der Romanow-Dynastie vom zarischen Obrigkeitsstaat befreite, nicht imstande war, sich selbst zu organisieren, und an ihrer politischen Unerfahrenheit zugrunde ging? All das spielte 1917 eine wichtige Rolle, allerdings keine ausschließliche. Denn das Scheitern des nach der Februarrevolution errichteten Systems hatte auch Ursachen, die weit

über das spezifisch Russische hinausgingen. So fand in Russland die erste Konfrontation eines demokratischen Gemeinwesens mit einer totalitären Partei statt, die skrupellos alle Freiheiten der Demokratie ausnutzte, um diese zu zerstören. Etwa fünf Jahre später sollte die italienische und 15 Jahre später die Weimarer Demokratie an ähnlichen Herausforderungen scheitern, und zwar mitten im Frieden und nicht im vierten Kriegsjahr, wie dies in Russland der Fall war. So hat das Scheitern der „ersten“ russischen Demokratie die tiefe Krise der demokratischen Systeme in Europa vorweggenommen.

War die Niederlage der russischen Demokraten unvermeidlich? Haben historische Deterministen, nicht zuletzt marxistischer Provenienz, Recht, wenn sie den Sieg der Bolschewiki als den einzig möglichen Ausgang der russischen Krise bezeichnen? Dieses Erklärungsmodell möchte ich zumindest partiell in Frage stellen. Denn die russischen Demokraten verfügten im Jahre 1917, ungeachtet der Skrupellosigkeit und der demagogischen Virtuosität der Bolschewiki, durchaus über politisches Potenzial, das sie jedoch, aus welchen Gründen auch immer, nicht ausreichend nutzten. So gab es im Lager der gemäßigten Sozialisten, die das Rückgrat des nach der Februarrevolution errichteten Systems, vor allem des Petrograder Sowjets, bildeten, Politiker, die das Wesen der bolschewistischen Gefahr frühzeitig erkannten. Zu ihnen gehörte einer der Führer der Menschewiki, Irakli Cereteli, der die Meinung vertrat, dass die größte Gefahr, welche die russische Revolution bedrohe, nicht von rechts komme, wie die Mehrheit im Sowjet annehme, sondern von links: „Die Konterrevolution kann nur durch ein einziges Tor einfallen, das der Bolschewiki.“² Das klang in den Ohren der gemäßigten Sozialisten beinahe blasphemisch. Sie betrachteten die Bolschewiki als integralen Bestandteil der „revolutionär-demokratischen“ Front. Demzufolge galt ihnen eine Entwaffnung der Bolschewiki als Schwächung des eigenen Lagers, als Verrat an der Revolution. Cereteli schrieb in seinen Erinnerungen: Die nichtbolschewistische Mehrheit des Sowjets habe keine Macht gewollt, um nicht gezwun-

¹ Lenin, Werke, Bde. 1–40, Berlin 1961 ff., hier: Bd. 24, S. 4.

² Zit. nach: Richard Pipes, Geschichte der Russischen Revolution, Berlin 1992, Bd. 2, S. 141.

gen zu sein, gegen die Bolschewiki nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten vorzugehen.¹³

Die Thesen Ceretelis bedürfen indes der Korrektur. Im Verlauf des Jahres 1917 gab es durchaus Situationen, in denen die russische Demokratie sich gegen die linksextreme Herausforderung zu wehren suchte, und zwar mit Erfolg – vor allem während eines Putschversuchs Anfang Juli, der mit einem Debakel der Bolschewiki endete.¹⁴ Die Ereignisse zeigten, dass das entschlossene Vorgehen der jungen russischen Demokratie auf die Extremisten geradezu lähmend wirkte. Warum gelangten die Bolschewiki trotz dieses verheerenden Rückschlags etwa vier Monate später an die Macht? Die Tatsache, dass die Bolschewiki die bestehende Ordnung mit Gewalt zu stürzen versucht hatten, führte nicht zu ihrem Ausschluss aus dem Lager der so genannten „revolutionären Demokratie“. Die Vertreter der Sowjetmehrheit lehnten ein allzu hartes Vorgehen gegen die Bolschewiki ab. Da die Provisorische Regierung auf die Unterstützung des Sowjets angewiesen war, mussten ihre bürgerlichen Minister den Bedenken ihrer sozialistischen Koalitionspartner Rechnung tragen.

Diese Milde des demokratischen Staates gegenüber seinen extremen Gegnern wurde von den Bolschewiki als Schwäche interpretiert. Später sagte Lenin, die Bolschewiki hätten im Juli 1917 eine Reihe von Fehlern gemacht. Ihre Gegner hätten dies im Kampfe gegen sie durchaus ausnutzen können: „Zum Glück besaßen unsere Feinde damals weder die Konsequenz noch die Entschlossenheit zu solchem Vorgehen.“¹⁵ Das klägliche Scheitern des Putschversuchs von General Kornilow (Ende August) zeigte, dass die Armee zum

Kampf gegen die eigene Bevölkerung nicht mehr geeignet war.¹⁶ So brauchte die russische Demokratie keineswegs die Hilfe der Linksextremisten, um der Gefahr von rechts erfolgreich zu begegnen. Dennoch war die Angst der gemäßigten Sozialisten vor der Gegenrevolution derart groß, dass sie ihre eigenen Kräfte maßlos unterschätzten. Nicht zuletzt deshalb gaben sie den Bolschewiki, die infolge des gescheiterten Juli-Putsches entwaffnet worden waren, erneut Waffen in die Hand.

Dies war die verhängnisvollste Folge der Kornilow-Affäre. Danach verloren die Provisorische Regierung und die gemäßigten Sozialisten die politische Initiative. Wie gelähmt beobachteten sie das entschlossene Vorgehen der Bolschewiki, die nun meisterhaft zeigten, wie man demokratische Freiheiten dazu ausnutzt, die Demokratie zu beseitigen. Das infolge der Februarrevolution errichtete System der Doppelherrschaft (die bürgerliche Provisorische Regierung und die Sowjets) offenbarte sein Wesen – es bestand in der Zerstörung des Gewaltmonopols des Staates, in der Schaffung zweier unterschiedlicher Militär- und Verwaltungsstrukturen, die sich gegenseitig lähmten. Dies kam den Bolschewiki zugute. Nur deshalb konnten sie gegen den Willen der wichtigsten politischen Gruppierungen die Alleinherrschaft in Russland erobern.¹⁷

Zu den prekärsten Problemen des nach dem Staatsstreich vom Oktober 1917 errich-

¹³ Vgl. Irakli Cereteli, *Vospominanija o fevral'skoj revoljucii* [Erinnerungen an die Februarrevolution], Paris 1963, S. 214, S. 409–412.

¹⁴ Vgl. u. a. Pavel Miljukov, *Vospominanija 1859–1917* [Erinnerungen], New York 1955, Bd. 2, S. 388–392; Manfred Hellmann (Hrsg.), *Die russische Revolution 1917*, München 1964, S. 254 ff.; Manfred Hildermeier, *Die Russische Revolution 1905–1921*, Frankfurt/M. 1989, S. 178 f.; S. Kulešov u. a., *Naše otečestvo* [Unser Vaterland], Moskau 1991, Bd. 1, S. 1, S. 367; Helmut Altrichter, *Russland 1917*, Paderborn u. a. 1997, S. 191; Hélène Carrère d'Encausse, *Lenin*, München 2000, S. 217–223; Robert Service, *Lenin: eine Biographie*, München 2000, S. 374 ff.

¹⁵ Zit. nach R. Pipes (Anm. 2), S. 177.

¹⁶ Vgl. dazu ebd., S. 208–217; H. Altrichter (Anm. 4), S. 208; S. Kulešov (Anm. 4), S. 374 ff.; M. Hellmann (Anm. 4), S. 270–278; Michail Geller/Aleksandr Nekrič, *Utopija u vlasti. Istorija Sovetskogo Sojuza s 1917 goda do našich dnei*, London 1982, Bd. 1, S. 33 f.; Dmitrij Volkogonov, *Lenin. Političeskij portret v dvuch knigach* [Lenin. Das politische Porträt in zwei Bänden], Moskau 1994, Bd. 1, S. 242 ff.; R. Service (Anm. 4), S. 242 ff.

¹⁷ Im Oktober 1917 lag die Macht in Russland praktisch auf der Straße, so Lenin: *Polnoe sobranie sočinenij* [Sämtliche Werke], Bde. 1–55, Moskau 1958 ff., hier Bd. 34, S. 239 ff., S. 281 ff., S. 340 f.; siehe auch Leo Trotzki, *Geschichte der Russischen Revolution*, Berlin 1960, S. 624–721; Nikolaj Suchanov, *Zapiski o revoljucii* [Aufzeichnungen über die Revolution], Moskau 1991 f., Bd. 3; Marc Ferro, *A Social History of the Russian Revolution*, London 1985, S. 224–267; Sheila Fitzpatrick, *The Russian Revolution 1917–1932*, Oxford 1985, S. 54–60; Robert Service, *The Bolshevik Party in Revolution*, London 1979, S. 37–62; ders. (Anm. 4), S. 404 ff.; H. Altrichter (Anm. 4), S. 215–230; M. Hellmann (Anm. 4), S. 305 ff.

teten bolschewistischen Regimes gehörte seine unzureichende Legitimität. Doch was sicherte dem bolschewistischen Regime für etwa sieben Jahre eine relative Stabilität? Der Glaube der Bolschewiki an ihren geschichtlichen Auftrag. Sie fühlten sich nicht „wankelmütigen“ Mehrheiten, sondern der Geschichte und ihrer „alleingültigen“ marxistischen Interpretation verpflichtet. Den Kräften, die diesen „Auftrag“ zu gefährden drohten, auch wenn dies die „werkstätigen Massen“ waren, in deren Namen sie regierten, sagten sie einen unversöhnlichen Kampf an. Nikita Chruschtschow war der letzte sowjetische Machthaber, der in unerschütterlicher Weise dieses „Credo“ vertrat. Seine Nachfolger imitierten nur noch den Glauben an die „lichte kommunistische Zukunft“. Diese Erosion des Glaubens höhle die ideokratische Legitimierung des Regimes aus. Es entstand ein gefährliches ideologisches Vakuum. Nur die Rückkehr der demokratisch legitimierten Institutionen auf die politische Bühne hätte Russland helfen können, die legitimatorische Krise zu überwinden, also die Rückkehr von Institutionen, die von den Bolschewiki im Oktober 1917/Januar 1918 so leichtfertig auf den „Kehrichthaufen der Geschichte“ (Trotzki) geworfen wurden.

Als Michail Gorbatschow zu Beginn der Perestroika verkündete: „Wir brauchen die Demokratie wie die Luft zum Atmen“, läutete er das Ende des Bolschewismus ein. Denn das demokratische Prinzip, das die Bolschewiki aus ihren Staatsstrukturen verbannt hatten, musste das auf lückenlose Kontrolle programmierte kommunistische System aus den Angeln heben.¹⁸ So grenzt es an ein Wunder, dass die ans Herrschen gewohnte Parteibürokratie die Etablierung der ersten Ansätze für eine zivile Gesellschaft, wenn auch unter heftigen Protesten, zunächst zuließ. Das kommunistische Staatsgebäude erhielt einen Riss, der im Laufe der Zeit immer tiefer wurde. Beide Strukturen – das angeschlagene kommunistische Kommandosystem und die noch äußerst schwachen demokratischen Einrichtungen – speisten sich aus völlig unterschiedlichen legitimatorischen Quellen, und daher konnten sie miteinander nicht kooperieren. Sie brauchten einen Vermittler, und dies war

¹⁸ Vgl. Karl Kautsky, *Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution*, Berlin 1919, S. 146.

Gorbatschow, der sowohl die Eigenschaften eines Reformers als auch die eines Apparatchiks in sich vereinte.¹⁹

Jede Gesellschaft, die ihren Selbsterhaltungstrieb nicht eingebüßt hat, strebt danach, den Zustand der Doppelherrschaft – wie er sich im Zuge der Perestroika ergab – so schnell wie möglich zu beseitigen. Denn der legitimatorische Wirrwarr macht nicht nur wirksame Reformen unmöglich, sondern auch das Funktionieren des Staatsmechanismus als solchem. So steuerte die Entwicklung in der UdSSR unvermeidlich auf eine Konfrontation zu. Von einem Schiedsrichter verwandelte sich Gorbatschow nun in einen Puffer zwischen den Konfliktparteien. Dabei waren die Demokraten am Fortbestand dieses „Puffers“ weit stärker interessiert als die Dogmatiker, denn sie fühlten sich ihren Gegnern hoffnungslos unterlegen. Mit Neid blickten sie auf ihre polnischen Gesinnungsgenossen, denen es gelungen war, eine derart mächtige Organisation wie die *Solidarność* zu schaffen. Die Erfahrung aller osteuropäischen Länder habe gezeigt, dass nur eine antitotalitäre Massenbewegung imstande sei, den Angriff der Dogmatiker abzuwehren, meinte Ende März 1991 die Politologin Lilia Schewtsowa. Indes zeigte gerade die polnische Erfahrung, dass für den entschlossen und brutal agierenden kommunistischen Apparat selbst eine solche Organisation kein Hindernis darstellt. Am 13. Dezember 1981 genügten den polnischen Militärs einige Stunden, um die *Solidarność* mit ihren zehn Millionen Mitgliedern zu zerschlagen. Auf die „schwanken-

¹⁹ Zur Perestroika siehe u. a. Michail Gorbatschow, *Izbranye stat'i i reči* [Artikel und Reden. Eine Auswahl], Bde. 1–7, Moskau 1990; ders., *Die Perestroika, Die zweite russische Revolution*, Moskau 1987; ders., *Erinnerungen*, Berlin 1995; Aleksandr Jakovlev, *Predislovie. Obval. Posleslovie* [Vorwort. Absturz. Nachwort], Moskau 1992; ders., *Die Abgründe meines Jahrhunderts. Autobiographie*, Leipzig 2003, S. 432–605; Eduard Ševardnadze, *Moj vybor. V zaščitu demokratii i svobody* [Meine Wahl. Zur Verteidigung der Freiheit und Demokratie], Moskau 1991; Jurij Afanas'ev (Hrsg.), *Es gibt keine Alternative zu Perestrojka*, Nördlingen 1988; Anatolij Černjaev, *Šest' let s Gorbatschovym* [6 Jahre mit Gorbatschow], Moskau 1993; V. Polibjuro CK KPSS . . . *Po zapisjam Anatolija Černjaeva, Vadima Medvedeva, Georgija Šachnazarova* (1985–1991), Moskau 2006; Moshe Lewin, *Gorbatschows neue Politik*, Frankfurt/M. 1988; Robert V. Daniels, *The End of the Communist Revolution*, London-New York 1993; Archie Brown, *The Gorbachev Factor*, Oxford 1996.

den Massen“ (Lenin) haben die Kommunisten nur selten Rücksicht genommen.

Die Moskauer Putschisten wollten am 19. August 1991 den Vorgang vom 19. Januar 1918 (Zerschlagung der russischen Konstituante mit ihrer demokratischen Mehrheit) wiederholen. Jedoch handelte es sich bei ihnen nicht mehr um die Schüler Lenins oder Stalins, sondern um Zöglinge Breschnews. Das Ideal, das ihnen vorschwebte, war nicht die Schreckensherrschaft leninistischer oder stalinistischer Manier, sondern es waren die aus ihrer Sicht „goldenen“ 1970er Jahre, also die Zeit, in der sie ihre Privilegien genießen konnten. Der bedenkenlose Umgang mit dem Massenterror gegenüber dem innenpolitischen Gegner, die Inkaufnahme von Millionen von Opfern setzen dagegen einen unerschütterlichen Glauben voraus – an die Utopie wie bei Lenin oder an sich selbst wie bei Stalin. Beides hatten die Putschisten vom August 1991 längst verloren. Die Kommunisten wirkten nun ähnlich unbeholfen wie 1917 ihre demokratischen Widersacher. Trotzki zitiert in seiner „Geschichte der russischen Revolution“ den französischen Autor Claude Anet, der formuliert hatte, die Provisorische Regierung sei gestürzt worden, „ehe sie noch ‚Uff‘ sagen“ konnte.¹⁰ Ähnliches konnte man auch über das am 19. August 1991 errichtete Staatskomitee für den Ausnahmezustand sagen, ungeachtet der Tatsache, dass es unangefochten beinahe alle Machtstrukturen im Staate kontrollierte.

Als Boris Jelzin – das erste demokratisch legitimierte Staatsoberhaupt Russlands – seine Landsleute zur Auflehnung gegen die Putschisten aufrief, tat er dies mit leeren Händen. Er besaß so gut wie keine Machtmittel und verfügte lediglich über moralische Argumente. In seiner Anordnung Nr. 59 vom 20. August 1991 beschuldigte er die Mitglieder des Staatskomitees, ein „verfassungswidriges Komplott“ geschmiedet und ein „Verbrechen gegen den Staat“ verübt zu haben.¹¹ Diese Einschätzung des Staatsstreiches wurde von den Anführern des Putsches im Grunde geteilt. Sie fühlten sich nun, anders als ihre Vorgänger 1917, nicht als „Sieger“, sondern als

„Verlierer der Geschichte“. In der Auseinandersetzung zwischen Macht und Moral erwies sich letztere als überlegener Sieger. Der Sieg vom August 1991 unterschied sich grundlegend von dem im Oktober 1917. Die Bolschewiki waren nicht bereit gewesen, auf Kompromisse mit den von ihnen bezwungenen Kontrahenten einzugehen, und errichteten auf den Trümmern der „ersten“ russischen Demokratie das erste totalitäre Regime der Moderne. Die Sieger vom August 1991 verzichteten hingegen auf eine Abrechnung mit den Verlierern nach bolschewistischer Manier.

Die später ermordete demokratische Politikerin Galina Starowoitowa hielt es für einen unverzeihlichen Fehler der Demokraten, dass sie ihren Sieg vom August 1991 nicht genutzt hätten: Damals habe die einmalige Gelegenheit bestanden, den geschockten Machtapparat abzulösen bzw. radikal zu erneuern. Hätten die Kommunisten gesiegt, fuhr die Politikerin fort, so wären sie gegenüber ihren demokratischen Opponenten wohl nicht so großzügig gewesen. Starowoitowa vertrat eine Minderheitenposition im demokratischen Lager. Die Mehrheit wollte die Ereignisse vom August 1991 nicht als Revolution verstehen, da sie mit diesem Begriff Erscheinungen wie Massenterror und Diktatur verbanden.

Die Milde der russischen Demokraten gegenüber den Besiegten vom August 1991 erinnert an die Einstellung der Weimarer Demokraten zu den Vertretern des bezwungenen alten Regimes. Diese hatten sich sehr schnell vom Schock der Novemberniederlage erholt und kehrten auf die politische Bühne zurück. So waren die Voraussetzungen für die Demontage des 1918/19 errichteten demokratischen Systems gegeben. Auch in Russland findet zur Zeit eine Art Revanche der im August 1991 partiell entmachteten Gruppierungen statt. Die „gelenkte Demokratie“ Wladimir Putins versinnbildlicht den Übergang des Landes von einer offenen zu einer autoritären Gesellschaft. Allerdings ist Russland, trotz dieser autoritären Wende, immer noch durch unzählige Kanäle mit den „offenen Gesellschaften“ des Westens verbunden, und solange diese Verbindungen bestehen, ist ein erneuter demokratischer Aufbruch im Lande keineswegs ausgeschlossen.

¹⁰ L. Trotzki (Anm. 7), S. 717.

¹¹ Rudolf Pichoja, *Sovetskij Sojuz: Istorija vlasti 1945–1991* [Die Sowjetunion. Geschichte der Macht], Moskau 1998, S. 668 f.

Jörg Baberowski

Was war die Oktoberrevolution?

Die Menge stürzte sich mit Schreien auf uns: Erschießt sie, die Blutsauger, spießt sie auf die Bajonette usw. Die Menge durchbrach die Wachmannschaft, die einen Kreis um uns gebildet hatte, und wenn Antonow^[1] sich nicht eingemischt hätte, dann wären die Folgen für uns zweifellos äußerst schwerwiegend gewesen. Man führte uns zu Fuß die Millionnaja-Straße entlang, in Richtung der Peter-Pauls-Festung.

Jörg Baberowski

Dr. phil., geb. 1961; Professor für Geschichte Osteuropas an der Humboldt-Universität zu Berlin, Unter den Linden 6, 10099 Berlin. Baberowski@geschichte.hu-berlin.de

Antonow trieb uns die ganze Zeit an, weil er fürchtete, man werde uns lynchen. Wir liefen, umringt von einer wütenden Menge. Als wir die Troitzki-Brücke überquerten, trafen wir

auf eine neue Menge Soldaten und Matrosen. Die Matrosen schrien: ‚Warum macht Ihr Umstände mit ihnen? Werft sie in die Newa.‘ Wieder drohte uns Gefahr. Dann hakten wir uns bei den Wachsoldaten unter und liefen mit ihnen in Reih und Glied. Dann begann auf der anderen Seite der Brücke eine wilde Schießerei. Es schossen Rotgardisten und auch bewaffnete Soldaten von ihren Automobilen. Die uns begleitende Menge zerstreute sich sofort, was uns davor bewahrte, gelyncht zu werden. Wir alle lagen gemeinsam mit den Wachsoldaten auf der Erde (. . .). Die Schießerei dauerte lange, und erst, als wir die Wachsoldaten vorausschickten und sie erklärten, dass wir zu ihnen gehörten, hörte die Schießerei auf. Wir standen auf und wurden in die Festung geführt.“^[2]

So erinnerte sich der Menschewik und letzte Innenminister der Provisorischen Regierung, Alexej Maximowitsch Nikitin, daran, wie er den Putsch der Bolschewiki am 25. Oktober 1917 erlebte. Warum ist diese Episode für das Verständnis jenes Gesche-

hens, das von den Historikern Revolution genannt wird, von Bedeutung? Weil sie von einer Revolution erzählt, in der nicht die Idee und ihre Repräsentation, sondern die Gewalt der Straße zur Sprache kommt. Sie bringt den Alltag der Revolution zum Vorschein, der in den Resolutionen und Texten der Revolutionäre nicht vorkam. Niemand wird sich darüber wundern, dass die bolschewistischen Sieger die unterlegenen Revolutionäre verhafteten. Nur schienen die Sieger das Volk ebenso zu fürchten wie die Verlierer. Seinem Hass und seiner Wut hatten sie nichts weiter entgegenzusetzen als die Kraft ihrer Worte.

Was im Oktober 1917 auf der Troitzki-Brücke in Petrograd geschah, hätte sich zur gleichen Zeit auch an jedem anderen Ort in Russland zutragen können. Über die Motive der handelnden Menschen können wir nichts Genaues sagen, denn Soldaten und Matrosen haben keine Auskunft gegeben. Wir wissen allenfalls von den Rechtfertigungen und Selbstdarstellungen der politischen Akteure, die solche Gewalttaten in historische Modelle einordneten und rationalisierten. Aber wir können erfahren, was mit Menschen geschieht, wenn sie in Situationen hineingeraten, die sie nicht kontrollieren, und welche Möglichkeiten sie haben, das eine zu tun und das andere zu unterlassen.

Revolutionen haben keine „Ursachen“. Wenn wir davon überzeugt sind, dass die menschliche Geschichte eine Geschichte der Emanzipation ist, dann werden wir auch glauben, dass Armut Rebellionen erzeugt. Wenn wir solche Überzeugungen nicht teilen, dann werden wir möglicherweise andere Urteile über die Rebellion fällen. In jedem Fall aber werden die Geschichten vom Ursprung ideologischen Prämissen folgen und Erwartungen entsprechen. Gehorchte die Revolte den Ideen revolutionärer Visionäre und Verführer?^[3] Oder muss man die Russische Revolution nicht vielmehr als letzten Akt eines Aufklärungs- und Freiheitsdramas lesen? Die unterdrückte Kreatur in der Revolte – das ist

^[1] Wladimir Alexandrowitsch Antonow-Owsejenko, Mitglied des Militärrevolutionären Komitees in Petrograd und Anführer des „Sturms“ auf den Winterpalast im Oktober 1917.

^[2] Zit. nach: Pavel N. Miljukov, *Istorija vtoroj russkoj revoljucii*, Moskva 2001, S. 625 (meine Übers.).

^[3] Vgl. neben anderen Richard Pipes, *Die russische Revolution*, 3 Bde., Reinbek 1991–1992.

das Thema all jener Geschichten, die die Revolution als Emanzipationsgeschehen erzählen. Revolutionäre haben in solchen Geschichten gewöhnlich die Funktion, die Unzufriedenheit der Sprachlosen zur Sprache zu bringen.¹⁴ Was immer Historiker sagen und schreiben: Stets zeigt sich in ihren Erzählungen „die Geschichte“. Sie zieht die Fäden und gibt den Ereignissen einen Sinn in der Zeit. Das ist auch der Grund, warum alle Erzählungen von der Revolution Kausalketten knüpfen. Sie werden von Zwecken und Zielen, von Ursachen und Wirkungen strukturiert: keine Hungersnot, keine revolutionäre Rede und keine Gewalttat ohne tieferen Sinn und Zweck.

Die Menschen der Vergangenheit aber wussten nicht, dass ihr Leben die Ursache für ein künftiges Ereignis war. Solches Wissen können nur die Nachgeborenen haben. „Vom Ancien Régime sprechen in aller Regel die, die darüber hinweggekommen sind, nicht die, die mit ihm leben.“ Es gibt nicht nur eine offene Zukunft, sondern auch eine vergangene Zukunft, eine, die „vergeben ist und verspielt sein kann, eher wir ihrer habhaft werden“.¹⁵ Was können wir daraus lernen? Vor allem, dass Ereignisse nicht einfach von zurückliegenden Ereignissen verursacht werden, dass nicht alles, was geschieht, miteinander verknüpft ist, und dass die Menschen der Vergangenheit andere Vorstellungen von den zukünftigen Möglichkeiten hatten als die Historiker, die ihre Lebensäußerungen interpretieren. Die Freiheit der Bauern war nicht die Freiheit der Bolschewiki, die Gewalttat des Hooligans kein Bekenntnis zur Emanzipation oder zum Sozialismus. Man muss sich mit der Kontingenz der menschlichen Existenz abfinden. Jedes Ereignis hätte sich auch anders zutragen können.

Kontext der Revolution

Gleichwohl geschehen Ereignisse unter Umständen, die sie ermöglichen. Was waren die Kontexte, in denen sich die Revolution entfaltete? Sie waren so heterogen wie die Revoluti-

¹⁴ Vgl. Manfred Hildermeier, *Die russische Revolution 1905–1921*, Frankfurt/M. 1989; Bernd Bonwetsch, *Die russische Revolution 1917*, Darmstadt 1991; Sheila Fitzpatrick, *The Russian Revolution*, Oxford 1982.

¹⁵ Dietrich Geyer, *Die russische Revolution*, Göttingen 19854, S. 13, S. 17.

on selbst. Es gab eine Revolte der Gebildeten gegen die politische Ordnung des zarischen Regimes, eine Erhebung von Bauern und Arbeitern gegen die Gutsherren und die europäischen Eliten, die das Land beherrschten, und es gab eine Revolte der nationalen Bewegungen und Minoritäten gegen die kulturelle Standardisierung und Homogenisierung des Imperiums. Man könnte die Zahl der Revolten noch vermehren: Revolten von Arbeitslosen, Flüchtlingen und vielen anderen. Diese Revolten ergaben sich aus spezifischen Situationen, und sie waren oftmals nicht miteinander verbunden. Die Untertanen des Zaren sprachen nicht mit einer Sprache. Sie lebten nicht einmal in *einer* Gesellschaft. Deshalb gab es 1917, als die alte Ordnung zusammenbrach, niemanden, der die Gewalt von einem Ort aus unter Kontrolle bringen konnte.¹⁶

Seit den Reformen Peters I. im frühen 18. Jahrhundert wurde das Imperium von einer europäisierten Elite beherrscht, die mit den leibeigenen Bauern kulturell nicht mehr verbunden war. Denn das Europäisierungsprojekt hatte die Umerziehung des Adels, nicht der Bauern zum Ziel. Diesen kulturellen Dualismus versuchten die aufgeklärten Bürokraten des Zaren Mitte des 19. Jahrhunderts zu überwinden, um das Imperium in einen modernen Anstaltsstaat nach preußischem Vorbild zu verwandeln. Die Bauern sollten Teil der Gesellschaft, das Vielvölkerreich eine Staatsnation, der Staat ein moderner Rechtsstaat werden. 1861 wurden die Bauern aus der Leibeigenschaft befreit, wenige Jahre später führte die Regierung in den Städten und ländlichen Regionen kommunale Selbstverwaltungen, unabhängige Gerichte und rechtsstaatliche Verfahren ein. 1874 kam auch die allgemeine Wehrpflicht nach Russland. Doch die Großen Reformen weckten Ansprüche, die nicht erfüllt werden konnten, weil sie die Kluft zwischen der Gesellschaft und den Bauern nicht überwand, sondern sie im Gegenteil erst sichtbar machte.¹⁷

¹⁶ Vgl. anschaulich: Orlando Figes, *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924*, Berlin 1998.

¹⁷ Vgl. exemplarisch Bruce W. Lincoln, *In the Vanguard of Reform: Russia's Enlightened Bureaucrats 1825–1861*, DeKalb/Ill. 1982; Daniel Field, *The End of Serfdom: Nobility and Bureaucracy in Russia, 1855–1861*, Cambridge/Mass. 1976; Thomas Pearson, *Russian Officialdom in Crisis: Autocracy and Local Self-Government 1861–1900*, Cambridge 1989; Jörg Ba-

Die Agrarreform des Jahres 1861 beendete das System der Leibeigenschaft in Russland. Aber viele Bauern empfanden das, was die Eliten für Befreiung hielten, als Zumutung. Denn sie erhielten nur einen Teil des Landes zur Nutzung, das sie vor der Befreiung bearbeitet hatten. Für die Bauern gehörte das Land in die Hände jener, die es bearbeiteten. Es war ungleich, dass der Adel es ihnen vorenthielt. Aus diesem Dilemma gab es schon deshalb keinen Ausweg, weil die Welt der Bauern auch nach Aufhebung der Leibeigenschaft von der Gesellschaft der Besitzenden und Gebildeten getrennt blieb. Weil es keine staatlichen Institutionen im Dorf gab, die die Aufsichtsfunktionen der Gutsherren hätten ersetzen können, mussten die Bauern selbst dafür sorgen, dass Steuern und Ablösesummen gezahlt, Rekruten ausgewählt und Polizeiaufgaben erfüllt wurden. Alle Bauern hafteten kollektiv für die Aufbringung der Abgaben und durften ihre Dörfer nur mit Erlaubnis der Obrigkeit verlassen. Das System der kollektiven Solidarhaftung warf die Bauern auf sich selbst zurück, es begründete eine egalitäre Sozialordnung und eine rigide Sozialdisziplin, die abweichendes Verhalten unnachsichtig bestrafte. Vor allem aber blieben die Bauern unter sich, sie wurden an das Land gebunden und von der Gesellschaft, in die sie sich integrieren sollten, rechtlich getrennt.⁸

Zwar wanderten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts Millionen Bauern auf der Suche nach Arbeit und Auskommen vom Dorf in die Stadt. Aber Russlands Arbeiter wurden in den Städten nicht zu Proletariern. Sie blieben als Bauern dem Lebenszyklus, den Sitten und Gebräuchen und der Sozialdisziplin des Dorfes unterworfen. Denn viele Bauern, die als Wanderarbeiter in die Stadt gekommen waren, kehrten während der Erntezeit und am Ende ihres Arbeitslebens in ihre Heimatdörfer zurück. Auch in den Städten blieben sie unter sich, weil sich ihnen dort nichts bot, was einem Abschied vom Dorf Attraktivität verliehen hätte. Wo sie lebten, gab es keine Infra-

berowski, Autokratie und Justiz. Zum Verhältnis von Rückständigkeit und Rechtsstaatlichkeit im ausgehenden Zarenreich 1864–1914, Frankfurt/M. 1996.

⁸ Vgl. exemplarisch Boris N. Mironov, *Peasant Popular Culture and the Origins of Soviet Authoritarianism*, in: Stephen P. Frank/Mark D. Steinberg (Eds.), *Cultures in Flux. Lower-Class Values, Practices and Resistance in Late Imperial Russia*, Princeton/N.J. 1994, S. 54–73.

struktur, keine Krankenhäuser und Schulen, manchmal auch keine staatlichen Strukturen. Deshalb integrierte nicht die Stadt das Dorf, sondern das Dorf unterwarf die Stadt. So kam es, dass die bäuerliche Konflikt- und Gewaltkultur am Ende auch in den Städten die Oberhand gewann.⁹

Unter diesen Umständen scheiterten die Versuche der zarischen Bürokratie, die bäuerliche Bevölkerung zu erziehen, zu disziplinieren und in moderne Staatsbürger zu verwandeln. Die Verwaltung und Rechtsordnung des Zaren war nichts weiter als das Regelwerk einer fremden Kaste von Eroberern, die sich im Leben der Bauern nicht zu Gehör bringen konnte. Auch die Armee des Zaren überwand die kulturelle Kluft zwischen der Gesellschaft und den Bauern nicht. Sie brachte sie vielmehr wie keine andere Institution zum Ausdruck, weil sie die Gebildeten von den Bauern trennte und Soldaten zu Knechten der Offiziere machte.¹⁰ Kurz: Die Bauern mussten alle Pflichten für eine Gesellschaftsordnung erfüllen, deren Mitglieder sie nicht werden konnten. Man könnte auch sagen, dass die zarische Ordnung eine Apartheidgesellschaft mit Emanzipationsanspruch war.

Nicht einmal auf die Loyalität der gebildeten Eliten konnte die Autokratie am Ende noch vertrauen. Denn die Großen Reformen Alexanders II. hatten Hoffnungen im intellektuellen Milieu geweckt, die bitter enttäuscht wurden. Die Funktionsträger in der lokalen Selbstverwaltung, Juristen, Freiberufler, Schriftsteller, Journalisten und Professoren, verlangten, dass die neuen Freiräume auch politisch genutzt werden konnten. Zu solchen Zugeständnissen aber war die autokratische Regierung nicht bereit.¹¹ Sie allein

⁹ Vgl. Robert E. Johnson, *Peasant and Proletarian: The Working Class of Moscow in the Late Nineteenth Century*, New Brunswick 1979; Charters Wynn, *Workers, Strikes and Pogroms: The Donbass-Dnepr Bend in Late Imperial Russia 1870–1905*, Princeton 1992.

¹⁰ Vgl. John Bushnell, *Peasants in Uniform: the Tsarist Army as a Peasant Society*, in: *Journal of Social History*, 13 (1980), S. 565 f.; Jörg Baberowski, *Europa in Rußland. Justizreformen im ausgehenden Zarenreich am Beispiel der Geschworenengerichte*, in: Dietrich Beyrau/Michael Stolleis (Hrsg.), *Reformen im Rußland des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/M. 1996, S. 151–174.

¹¹ Zur Schwäche der fragmentierten zarischen Elite vgl. Alfred J. Rieber, *The Sedimentary Society*, in: Edith W. Clowes/Samuel D. Kassow (Eds.), *Between*

besaß das Wissen und die Macht, die Bevölkerung zu zivilisieren und zu disziplinieren, und sie brauchte dazu weder die Zustimmung der Untertanen noch die Hilfe der Intelligenzija. Im Gegenteil: Je weiter sich die regierende Kaste vom Volk entfernte, desto größere Freiräume boten sich ihr, unabhängige Entscheidungen zu treffen. Aber diese Unabhängigkeit war zugleich der Grund für ihre Isolation: eine einsame Kaste von Eroberern in einem fremden Land, die nichts anderes besaß als die Legitimation des Zaren und die Waffen der Armee.¹²

Im Revolutionsjahr 1905, als die russische Armee im Krieg gegen Japan stand, mussten die Minister des Zaren erfahren, was es bedeutete, wenn sich Arbeiter, Bauern, nationale Minderheiten und Bürger gegen die bestehende Ordnung erhoben und es niemanden gab, der die Unruhen militärisch beenden konnte. Nur durch den Einsatz überlegener Gewalt und durch politische Zugeständnisse an die Liberalen gelang es der Autokratie am Ende, die Opposition zu spalten und die moderaten Kritiker der Autokratie aus der Revolutionsfront herauszulösen.¹³ Denn die bürgerlichen und adligen Eliten hatten die Revolution vor allem als anarchischen, wütenden Gewaltrausch unzivilisierter Massen wahrgenommen. Der Kulturphilosoph Michail Gerschenson brachte diese Erfahrung auf drastische Begriffe: „So wie wir sind, dürfen wir nicht nur im Traume an eine Verschmelzung mit dem Volk denken – wir müssen es mehr fürchten als alle Staatsmacht, und wir müssen diese Macht preisen, die uns mit ihren Bajonetten und Gefängnissen allein noch vor der Wut des Volkes schützt.“¹⁴

Im Ersten Weltkrieg, als Russland in Chaos und Anarchie versank, Millionen Menschen auf der Flucht waren und am Ende auch die bewaffnete Ordnungsmacht zerfiel, blieben dem Regime keine Auswege mehr. Die Agonie der Autokratie dauerte nur wenige Tage, sie verschwand, und es schien, als hätte es sie

Tsar and People, Princeton 1991, S. 343–366; Abraham Ascher, *The Revolution of 1905. Russia in Disarray*, Stanford 1988.

¹² Vgl. P. N. Miljukov (Anm. 2), S. 18.

¹³ Vgl. O. Figs (Anm. 6), S. 209–239.

¹⁴ Michail Geršenzon, *Schöpferische Selbsterkenntnis*, in: Vechi. Wegzeichen. Zur Krise der russischen Intelligenz, hrsg. von Karl Schlögel, Frankfurt/M. 1990, S. 165.

niemals gegeben.¹⁵ Das war der Kontext, in dem sich die revolutionären Ereignisse des Jahres 1917 entfalteten. Man könnte auch sagen, dass die Verhältnisse nur jenen eine Chance zum Sieg gaben, die keine Skrupel hatten, sich mit überlegener Gewalt gegen ihre Widersacher durchzusetzen und eine neue Ordnungsmacht zu errichten.

Stunde der Bolschewiki

Die revolutionäre Geschehen des Jahres 1917 brachte sich aus einer Vielzahl von Revolten und Aufständen hervor. Die liberalen Eliten rebellierten gegen die autokratische Ordnung, Arbeiter und Bauern gegen Gutsbesitzer, Fabrikanten und die Gesellschaft von Besitz und Bildung, nationale und religiöse Minderheiten gegen Diskriminierung und Marginalisierung. Das kam nicht zuletzt im Nebeneinander von Provisorischer Regierung und Arbeiter- und Soldatenrat in Petrograd, von Stadtparlamenten und Räten in der Provinz zum Ausdruck, die den Kulturdualismus des alten Russland repräsentierten. Niemand konnte sich noch auf die Armee als bewaffneten Arm des Staates verlassen. Denn im Gegensatz zur ersten russischen Revolution widersetzten sich die Bauern-Soldaten nun der militärischen Disziplin. Sie töteten ihre Offiziere und verließen die Armee, um sich an der Verteilung des Gutlandes zu beteiligen. Die Provisorische Regierung konnte die Zersetzung der staatlichen Ordnung nicht abwenden, weil sie nichts unternahm, um das Gewaltmonopol des Staates wiederherzustellen. Sie hielt den Zerfall nicht auf, sondern beglaubigte ihn, indem sie die Revolution ins Recht setzte.

Das war die Stunde der Bolschewiki. Wie aber kam es, dass ausgerechnet sie im Chaos der Revolutionswirren den Sieg davontrugen? Sie vertraten ein Programm, dessen Sinn kaum jemand verstand, ihre Partei hatte nur wenige Mitglieder, ihre Führung kam aus der Emigration. Kaum jemand kannte sie, als die Revolution begann. Konstantin Tepluchow,

¹⁵ Vgl. Nikolaj Suchanov, *Zapiski o revoljucii*, Moskva 1991, S. 126. Zur Bedeutung des Krieges für die Revolution vgl. Eric Lohr, *Nationalizing the Russian Empire. The Campaign against Enemy Aliens During World War I*, Cambridge 2003; Peter Gatrell, *A Whole Empire Walking. Refugees during World War I*, Bloomington 1999.

ein liberaler Finanzbeamter aus Tscheljabinsk, vertraute seinem Tagebuch im April 1917 an, aus dem Exil seien Mitglieder einer „neuen Partei“ mit dem Zug in Petrograd eingetroffen.¹⁶ Die bolschewistische Partei hatte keinen Massenanhang, sie vertrat weder die Interessen der Arbeiter noch der Bauern, noch hatte sie Rückhalt an der Peripherie des Imperiums. Sie war eine Partei von russischen und jüdischen Berufsrevolutionären, die mit dem Volk, das sie befreien wollten, nicht verbunden und an der Peripherie des Imperiums nicht verwurzelt waren.

Am Anfang war der Krieg. Denn die Revolution wurde durch den Krieg ermöglicht, und sie vollzog sich unter den Bedingungen des Krieges. Die Bolschewiki verstanden es, sich in diesem Ermöglichungsraum auf angemessene Weise zu bewegen. Es konnte nur obsiegen, wer die Sprache der Straße sprach und wer bereit war, Waffen rücksichtslos einzusetzen. Das war gemeint, als Lenin davon sprach, die Macht habe auf der Straße gelegen und man habe sie nur aufheben müssen. Lenins Konkurrenten aber hatten diese Wahrheit nicht begriffen. Als die Provisorische Regierung die Reste der alten Ordnung per Dekret auflöste, beraubte sie sich aller noch verbliebenen Machtressourcen. Noch im Sommer 1917 vertrauten die Liberalen und gemäßigten Sozialisten in der Regierung auf Gesetze und Verfassungen, als die Wirklichkeit sie bereits außer Kraft gesetzt hatte. Sie bestanden darauf, dass nur eine verfassunggebende Versammlung sie dazu legitimieren könne, das Land an die Bauern zu verteilen, die Betriebe in die Hände der Arbeiter zu übergeben und Frieden mit den Mittelmächten zu schließen. Und obwohl sich die nationale Peripherie bereits verselbständigt hatte, sollte über die Zukunft des Vielvölkerreiches nicht in den Regionen, sondern im zukünftigen Parlament entschieden werden. Nur hatte die Revolution der Straße all diese Fragen bereits entschieden.¹⁷

Die Provisorische Regierung regierte nicht, sie verwaltete allenfalls die Vorzimmer ihrer Minister, während die eigentliche Macht von

¹⁶ Vgl. Konstantin N. Teplouchov, Čeljabinskije chroniki: 1899–1924 gg., Čeljabinsk 2004, S. 293. Zur Chronologie der Ereignisse vgl. A. Rabinowitsch, *The Bolsheviks come to Power*, New York 1978.

¹⁷ Vgl. O. Figes (Anm. 6), S. 379–386.

der Gewalt auf den Straßen ausging, die niemand, nicht einmal die Revolutionäre in den Sowjets, unter Kontrolle bringen konnte. Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre traten im Sommer 1917 in die Provisorische Regierung ein und verloren damit ihren ohnehin geringen Einfluss auf das Geschehen. Ihre revolutionäre Rhetorik widersprach ihrem Handeln, das sich auf Verfassungen und Gesetze berief. Damit untergruben sie selbst ihre Autorität.¹⁸ Lenin nutzte diese Situation aus. Er und seine radikalen Gefolgsleute artikulierten den Unmut, die Unzufriedenheit und den Hass der Unterschichten auf die alte Ordnung und die alten Eliten, und es gelang ihnen, sich von den Wogen des Protestes nach oben treiben zu lassen. In der Atmosphäre des Hasses traten die Bolschewiki als Advokaten hemmungsloser Gewalt auf: Der Machokult des Tötens und Mordens, die Primitivität und Bösigkeit des Vokabulars und nicht zuletzt die Kleidung wiesen sie als Männer der Tat aus. Das ist der eigentliche Grund für ihren zeitweiligen Erfolg, der es ihnen im Oktober 1917 erlaubte, die Macht nicht nur an sich zu reißen, sondern auch die Zustimmung verbitterter und enttäuschter Menschen zu mobilisieren.¹⁹

Neue Ordnung durch Terror

Einmal an der Macht, standen die Bolschewiki vor den gleichen Schwierigkeiten wie ihre Vorgänger. Sie beanspruchten die Macht, aber sie besaßen sie nicht. Denn den Bauern war es gleichgültig, wer die Bolschewiki waren und wonach ihnen der Sinn stand, solange es ihnen erlaubten, Land zu nehmen und Gutsbesitzer zu vertreiben. „Kaum strecken sich aber die kommunistischen Tatzen nach dem Dorf aus, wird der Bauer unangenehm“, kommentierte die Lyrikerin Sinaida Hippus das, was im zweiten Jahr der Revolution geschah.²⁰ Die Freiheitsversprechen, so wie Arbeiter und Bauern sie verstanden hatten, wurden von den Bolschewiki gebrochen. Und weil sie keines der Versprechen einlösen

¹⁸ Vgl. Michael C. Hickey, *The Rise and Fall of Smolensk's Moderate Socialists: The Politics of Class and the Rhetoric of Crisis in 1917*, in: Donald J. Raleigh (Ed.), *Provincial Landscapes. Local Dimensions of Soviet Power, 1917–1953*, Pittsburgh 2001, S. 14–35.

¹⁹ Vgl. Orlando Figes/Boris Kolonitskii, *Interpreting the Revolution*, New Haven 1999, S. 185.

²⁰ Vgl. Sinaida Hippus, *Petersburger Tagebuch*, Berlin 1993, S. 26.

konnten, schmolz die Gefolgschaft rasch dahin. Dabei blieb es nicht. Die Bolschewiki ließen keine Gelegenheit aus, sich neue Feinde zu machen. Sie terrorisierten nicht nur die Angehörigen der alten Elite und Oppositionelle, die sie als Geiseln nehmen und zu Tausenden erschießen ließen. In ihrem Wahn, eine neue Ordnung durch Terror schaffen zu können, unterband Lenins Regime den freien Handel, es bestrafte Händler als Spekulanten, raubte den Bauern das Getreide und schreckte nicht davor zurück, streikende Arbeiter niederschießen zu lassen.¹²¹

Während des Bürgerkrieges, als sich der Widerstand gegen die Herrschaft der Roten auch militärisch organisierte, standen die Bolschewiki mit dem Rücken zur Wand. Sie waren von Feinden umgeben und wurden der Gewalt nicht mehr Herr, die sie ausgelöst hatten. Und doch entschieden sie den Bürgerkrieg für sich. Wie konnten die Bolschewiki siegen? Warum kam es zu keiner erfolgreichen Erhebung gegen die neuen Machthaber? Hippius gab eine psychologische Antwort: Die Bolschewiki hätten nur überleben können, weil sie angesichts der „schwarzen Unbeweglichkeit“ des Volkes, der Apathie der Hungernden und Elenden, jeden Widerstand mühelos hätten brechen können.¹²²

Niemand wusste besser als die Bolschewiki selbst, dass ihre Herrschaft ohne Zustimmung auf unsicherem Grund stand. Sie fürchteten das Volk nicht weniger als ihre Vorgänger in der zarischen Regierung, aber sie hatten weniger Skrupel, sich gegen alle Widerstände mit exzessiver Gewalt durchzusetzen. Man könnte auch sagen, dass es ihre Schwäche war, die sie dazu verleitete, Gewalt immerzu und überall einzusetzen. Nur unter den Bedingungen des Krieges konnte eine solche Strategie erfolgreich sein, weil sie den Handlungsgesetzen des Krieges entsprach. Der Krieg war die Lebensform der Bolschewiki. Hätte es ihn nicht gegeben, hätten sie ihn erklären müssen, um zu tun, was sie tun mussten. Denn der Bür-

gerkrieg war ein Vernichtungskrieg, in dem nur siegen konnte, wer den Gegner vollständig auslöschte. So sahen es nicht nur Lenin und Trotzki, die sich mit der militärischen Niederlage der Weißen und der Bauern nicht zufrieden gaben. In ihrer Skrupellosigkeit und Gewalttätigkeit, ihrer Bereitschaft, der Vernichtungsrhetorik Taten folgen zu lassen, waren die Bolschewiki allen Akteuren des Bürgerkrieges überlegen. Ihr Sieg war ein Vernichtungssieg, der verbrannte Erde, materielle und seelische Verwüstungen hinterließ. Sie gewannen nicht, weil sie über das attraktivere politische Programm geboten, sondern weil sie ihren Widersachern als Gewalttäter überlegen waren und weil sich die hungernde und abgestumpfte Bevölkerung apathisch dem Wahnsinn hingab. „Wir leben“, schreibt Hippius, „schon so lange im Strom der offiziellen Worte ‚erdrücken‘, ‚ersticken‘, ‚vernichten‘, ‚zermalmen‘, ‚ausrotten‘, ‚im Blut ertränken‘, ‚ins Grab bringen‘ usw., daß die alltägliche Wiederholung unflätiger Schimpfworte auf uns keinen Eindruck mehr macht.“¹²³

Die Bolschewiki profitierten von den Fehlern ihrer Gegner. Die weiße Bewegung war uneinig und zerstritten, ihre Generäle operierten von den multiethnischen Rändern des Imperiums und vertraten die Auffassung, das eine und unteilbare Russland müsse als Zentralstaat wiedererstehen. Den Bauern hatten sie keine attraktive Alternative anzubieten. Solange die Bauern fürchten mussten, dass die Gutsbesitzer zurückkommen könnten, zogen sie die Roten den Weißen vor. Erst nach der Niederlage der Weißen erhoben sich die Bauern gegen die Kommunisten und ihr Terrorregime, denn nun mussten sie die Wiederherstellung der alten Ordnung nicht mehr fürchten. So stand es auch um die nationalen Minderheiten, die sich in den entscheidenden Auseinandersetzungen des Bürgerkrieges auf die Seite der Roten schlugen oder sich neutral verhielten und den Bolschewiki erst im letzten Jahr des Bürgerkrieges entschlossenen Widerstand entgensetzten.¹²⁴

¹²¹ Vgl. Sergej Melgunov, *Krasnyj terror v Rossii 1918–1923*, Berlin 1923; Delano DuGarm, *Peasant Wars in Tambov Province*, in: Vladimir N. Brovkin (Ed.), *The Bolsheviks in Russian Society*, New Haven 1997, S. 177–198; Jonathan Aves, *Workers against Lenin: Labor Protest and the Bolshevik Dictatorship*, London 1996; George Leggett, *The Cheka*, Oxford 1981.

¹²² Vgl. S. Hippius (Anm. 20), S. 31–32.

¹²³ Ebd., S. 85–86. Vgl. auch Jörg Baberowski, *Kriege in staatsfernen Räumen: Rußland und die Sowjetunion 1905–1950*, in: Dietrich Beyrau/Michael Hochgeschwender/Dieter Langewiesche (Hrsg.), *Formen des Krieges*, Paderborn 2007, S. 291–309; Stefan Karsch, *Die bolschewistische Machtergreifung im Gouvernement Voronež (1917–1919)*, Stuttgart 2006.

¹²⁴ Vgl. Donald J. Raleigh, *Experiencing Russia's Civil War. Politics, Society, and Revolutionary Culture in*

Erst nach dem Ende des Krieges befassten sich die bolschewistischen Führer mit der Frage, wie sie das Imperium verstaatlichen und unter ihre Herrschaft bringen sollten. Mit Gewalt allein konnte dieser Kraftakt nicht gelingen, denn es kam den neuen Machthabern darauf an, die Bevölkerung nicht nur zu unterwerfen, sondern sie auch zu mobilisieren, sie für sich zu gewinnen und „alte“ in „neue Menschen“ zu verwandeln. Zu diesem Zweck mussten sie die Untertanen in ihr Ordnungssystem integrieren und sich ihrer Loyalität versichern. Das geschah 1921, als die Regierung den freien Handel wieder zuließ, berechenbare Steuern einführte, kleinere Industriebetriebe privatisierte und den Terror gegen die Bauern vorläufig einstellte.¹²⁵

Zwei Jahre später kam es zur Neuvermessung und Neustrukturierung des Imperiums, das in nationale Republiken und Gebiete eingeteilt wurde. Die Bolschewiki indigenisierten das Vielvölkerreich, indem sie die einheimischen kommunistischen Eliten am Aufbau des neuen Staates beteiligten und sich auf diese Weise Loyalität erkaufen. Aber diese Phase der friedlichen Staatsbildung war nur von kurzer Dauer. Am Ende der 1920er Jahre gelangten Stalin und seine Anhänger in der Parteiführung zu der Einsicht, dass die Neue Ökonomische Politik (NEP) und die Indigenisierung des Imperiums den Kontrollbedürfnissen des Zentrums nicht länger entsprach. Sie hatten die Eigenständigkeit der Bauern und der nationalen Republiken gestärkt und das revolutionäre Umgestaltungsprogramm auf unbestimmte Zeit verschoben.¹²⁶

Die bolschewistische Vision vom neuen Staat konnte nur durch den Einsatz von Gewalt und Terror durchgesetzt werden. So sahen es Stalin und seine Gefolgsleute, und sie

griffen auf die Gewalttechniken des Bürgerkrieges zurück, um den vermeintlichen Widerstand der Bauern gegen das Projekt des Sozialismus niederzuwerfen.¹²⁷ Staatsbildung als Kriegführung – so könnte man auf den Begriff bringen, worin für die Bolschewiki die Essenz des Sozialismus lag. Es waren die Erfahrungen der Revolution und des Bürgerkrieges, die ihnen die Gewissheit gaben, dass der Sieg am Ende den Gewalttätern gehörte. In diesem Sinn war der Stalinismus eine machtvolle Neuinszenierung der Oktoberrevolution und zugleich ihr krönender Abschluss.

Die Bolschewiki zerrissen die dünne Schicht der Zivilisation, die sich in nur einem Jahrhundert über das alte Russland gelegt hatte, sie vernichteten das europäische Russland, seine Eliten und Wertvorstellungen und ersetzten sie durch eine barbarische und maßlose Gewaltherrschaft. Miljukow fand dafür bereits unmittelbar nach dem Ende des Bürgerkrieges eine einleuchtende Erklärung. Die Revolution sei nicht durch den Import europäischer und sozialistischer Ideen in die Maßlosigkeit getrieben worden. „Denn bei allen der in dieser Revolution aufgestellten ultramodernen Programme, Etiketten und Losungen eröffnete die Wirklichkeit der russischen Revolution ihre tiefe und untrennbare Verbindung mit der ganzen russischen Vergangenheit. Wie eine mächtige geologische Umwälzung hat sie die dünne Decke der obersten kulturellen Schichten abgeworfen und die lange unter ihnen verborgenen Schichten hervorgebracht (. . .). Lenin und Trotzki sind Pugatschow, Rasin, Bolotnikow, dem 18. und 17. Jahrhundert unserer Geschichte, viel näher als den letzten Ideen des europäischen Anarchosyndikalismus.“¹²⁸ Nur wer die Revolution für eine Auseinandersetzung um die beste aller Welten hält, wird den Sieg der Bolschewiki für ein Mysterium halten.

Saratov, 1917–1922, Princeton 2002, S. 382–387; Nikolaus Katzer, Die weiße Bewegung in Rußland, Köln 1999.

¹²⁵ Zur Geschichte der NEP-Phase immer noch unübertroffen: Roger Pethybridge, One Step Backward, Two Steps Forward. Soviet Society and Politics under the New Economic Policy, Oxford 1990.

¹²⁶ Vgl. Terry Martin, The Affirmative Action Empire: Nations and Nationalism in the Soviet Union 1923–1939, Ithaca 2001; Jörg Baberowski, Stalinismus und Nation: Die Sowjetunion als Vielvölkerreich 1917–1953, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (2006) 3, S. 199–213.

¹²⁷ Vgl. Sheila Fitzpatrick, The Legacy of the Civil War, in: Diane Koenker/William G. Rosenberg/Ronald G. Suny, Party, State and Society in the Russian Civil War, Bloomington 1989, S. 385–198; Jörg Baberowski, Der rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2004², S. 53.

¹²⁸ P. N. Miljukov (Anm. 2), S. 17.

Norman Naimark

Revolution, Stalinismus und Genozid

Der 90. Jahrestag der Russischen Revolution weckt gemischte Gefühle, besonders positive sind nicht dabei. Die marode und autokratische Zarenherrschaft, die 1917 in die Knie gezwungen wurde, hatte viele Schwächen, unabhängig von den Belastungen des Ersten Weltkriegs, die ihr Ende besiegelten. Aber wenn man bedenkt, was danach

Norman Naimark

Ph. D., geb. 1944; Robert and Florence McDonnell Professor in East European Studies, Stanford University, Encina Hall E107, Stanford, CA 94305–6055, USA. Naimark@stanford.edu

kam, steht das späte kaiserliche Russland unter den Romanows noch vergleichsweise gut da. Zumindest bestand unter den Zaren die Chance auf gesellschaftlichen Fortschritt. Manche Historiker argumentieren, dass die Oktoberrevolution die Weichen für ein leninistisches System gestellt habe, das von seiner Ideologie her reformunfähig gewesen sei; andere sind überzeugt, dass das Fehlen ernsthafter Systemreformen in der poststalinistischen Ära von zufälligen Faktoren sowohl im internationalen Gefüge als auch im Lande selbst abhing.¹ Eines ist unbestritten: Die Revolution der Bolschewiki hat Russland auf einen Pfad falscher Hoffnungen und aufgezwungener Verhaltensweisen geführt, der in eine Sackgasse mündete. Letzten Endes hatten die führenden Politiker Russlands zu Beginn der 1990er Jahre keine andere Wahl mehr, als die historische Niederlage einzugestehen und neu zu beginnen. Dieser schmerzhafteste Prozess dauert bis heute an.

Alexander Solschenizyn bemerkte kürzlich, dass der Staatsstreich von 1917 – er weigert sich, von einer „Revolution“ zu sprechen – „Russland das Rückgrat gebrochen“ habe.² Die totalitäre Ideologie des Klassenhasses und der sozialen Umwälzung habe Gewalt geschürt, anstatt geistige Gemeinschaft zu be-

gründen, und Russlands Gesellschaft auseinandergerissen, anstatt sie zu einen. Die Revolution brachte eine konspirative Elite an die Macht, die für die Gefangennahme und den Tod von Zigmillionen ihrer Bürger verantwortlich war.³

Mit Ausnahme der militärischen Konflikte des Bürgerkriegs und des Zweiten Weltkriegs fand die extremste Gewalt in der sowjetischen Geschichte während der Zeit der „Zweiten Revolution“ und dem Aufstieg Stalins zum allmächtigen Diktator – 1928 bis 1938 – statt.⁴ Doch selbst in der poststalinistischen Ära lebte die Bedrohung durch die Gewalt, die in der Oktoberrevolution ihren Ausgang genommen hatte, auf subtile Art weiter: in der Überwachung der Sowjetbürger; in der strengen Kontrolle der Ausreise, der Bewegungsfreiheit und der Kontakte mit Ausländern; im Zensurapparat sowie in der Infiltration des öffentlichen und privaten Lebens durch die Partei und die Geheimdienste.

Übersetzung aus dem Amerikanischen: Doris Tempfer-Naar, Krustetten/Österreich.

¹ Vgl. Martin Malia, *The Soviet Tragedy*, New York 1994; ders., *History's Locomotives: Revolutions and the Making of the Modern World* (ed. by Terence Emmons), New Haven 2006, S. 2. Vgl. auch die Einleitung zu Ronald Grigor Suny (Ed.), *The Cambridge History of Russia*, vol. III: *The Twentieth Century*, Cambridge 2006, S. 27–64.

² Interview mit Alexander Solschenizyn, in: *Der Spiegel*, Nr. 30 vom 23. 7. 2007, S. 98.

³ Laut Stéphane Courtois (in seiner Einleitung zu *Das Schwarzbuch des Kommunismus*, München 1998, S. 16–22) wurden während des Sowjetregimes 20 Millionen Menschen getötet, einschließlich der Opfer der Hungerkatastrophe in den 1930er Jahren. Alexander Jakowlew, der vorher nie gewährten Zugang zu russischen Archiven hatte, schrieb, dass „sich die Anzahl der Menschen, die in der UdSSR aus politischen Motiven getötet wurden oder in Gefängnissen und Gefangenlagern starben, in der gesamten Ära der Sowjetherrschaft auf 20 bis 25 Millionen belaufen hat. Und zweifellos muss man auch jene hinzuzählen, die verhungert sind – über 5,5 Millionen während des Bürgerkriegs und über fünf Millionen in den 1930er Jahren.“ Alexander N. Yakovlev, *A Century of Violence in Soviet Russia*, New Haven 2002, S. 234. Kritik an einigen Zahlen bei Manfred Hildermeier, *Stalinismus i terror*, in: Stefan Kreuzberger u. a. (Hrsg.), *Kommunismus, Terror, Chelovek: „Chernaia Kniga Kommunizma“ – Diskussionsstat'i*, Kiew 2001, S. 19–28.

⁴ Vgl. Nicholas Werth, *Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion*, in: S. Courtois (Anm. 3), S. 292.

Genozid

Der Ursprung des Begriffes „Genozid“ ist auf die Arbeit von Raphael Lemkin zurückzuführen, ein polnisch-jüdischer Rechtsanwalt, geboren in der Nähe von Bialystok.¹⁵ Das Erstarken des Faschismus im Europa zwischen den Weltkriegen schürte seine Besorgnis. Schon vor dem Aufstieg Hitlers hatte er eine Vision von internationalen Institutionen, deren Aufgabe darin bestehen sollte, Angriffe gegen soziale oder ethnische Minderheiten abzuwehren.

Bei der Madrider Versammlung des Völkerbundes 1933 schlug Lemkin vor: „Wer aus Hass gegenüber einer rassischen, religiösen oder gesellschaftlichen Gruppe, oder mit der Absicht, eine solche auszurotten, eine strafbare Handlung gegen das Leben, die körperliche Integrität, Freiheit, Würde oder wirtschaftliche Existenz einer Person, die einer solchen Gruppe angehört, unternimmt, macht sich des Verbrechens der Barbarei schuldig (...).“¹⁶

Hitlers Einmarsch in Polen zwang Lemkin zur Flucht in die USA. 1944 veröffentlichte er eine Dokumentensammlung für das US-Kriegsministerium, „Axis Rule in Occupied Europe“. Darin erörterte er erstmals seine Definition von Völkermord: Die Ausrottung von Völkern und ethnischen Gruppen wird als „Genozid“ bezeichnet, ein Ausdruck, der von dem griechischen *genos* (Stamm, Rasse) und dem lateinischen *cide* abgeleitet wird.¹⁷ Lemkin hatte indes Verbrechen gegen soziale oder politische Gruppen nicht erwähnt, um einerseits das Augenmerk auf die Schrecken des NS-Regimes in Europa zu lenken und andererseits Schwierigkeiten zu vermeiden, die seine offiziöse Publikation in der Sowjetunion, damals noch geschätzter Alliiertes, hätte hervorrufen können.¹⁸

Auch nach dem Krieg arbeitete Lemkin an der Aufnahme seines Begriffes und seiner rechtlichen Konsequenzen in die öffentliche und juristische Debatte. Doch in Nürnberg blieb der Begriff Genozid in der Schlusserklärung des Internationalen Gerichtshofes unerwähnt. Der zentralen Rolle, die die Sowjets in Nürnberg spielten, war es geschuldet, dass der Schwerpunkt auf den NS-Verbrechen gegen die Sowjetunion lag und nicht auf denen, die sich die Sowjets während des Krieges hatten zuschulden kommen lassen. Nach Ende der Nürnberger Prozesse gegen die Hauptkriegsverbrecher setzte sich Lemkin bei den Vereinten Nationen (UN) für die Verabschiedung einer internationalen Konvention ein.¹⁹ Seine Publikationen erwiesen sich als Motor für die Verabschiedung der UN-Konvention über den Völkermord. Der erste Schritt war die am 11. Dezember 1946 einstimmig von der Generalversammlung angenommene Resolution 96 (I): Sie verurteilte Völkermord als „Verbrechen nach dem Völkerrecht (...), ob er aus religiösen, rassischen, politischen oder irgendwelchen anderen Gründen begangen wurde“, und beauftragte den Wirtschafts- und Sozialrat mit dem Entwurf einer Konvention.¹⁰ Im Juli 1947 sah ein Entwurf des UN-Sekretariats vor, „die Zerstörung rassischer, nationaler, sprachlicher, religiöser oder politischer Gruppen von Menschen zu verhindern“.¹¹

Diese frühen Entwürfe der Völkermordkonvention schlossen politische Gruppen ein.¹² Doch die Sowjets, die Polen und einige nichtkommunistische Mitglieder der Ausschüsse und Kommissionen sträubten sich. „Politische Gruppen“, beharrten die Sowjets, seien „in einer wissenschaftlichen Definition von Völkermord vollkommen unangebracht“; sie einzuschließen würde „den Kampf gegen den Genozid behindern“. Die Polen betonten, sie seien gegen „die Auslöschung und Verfolgung von Menschen, aus welchen Gründen

¹⁵ Vgl. Samantha Power, „A Problem from Hell“: America and the Age of Genocide, New York 2002, S. 31–85; Norman Naimark, Totalitarian States and the History of Genocide, in: Telos, 136 (Fall 2006), S. 10–26.

¹⁶ Zit. nach: S. Power (Anm. 5), S. 521, Fn. 6.

¹⁷ Vgl. Raphael Lemkin, Axis Rule in Occupied Europe, Washington, D.C. 1944, S. 79.

¹⁸ Zu Illusionen über die Große Allianz vgl. Robert Conquest, Dragons of Expectation, New York 2005, S. 59–61.

¹⁹ Vgl. S. Power (Anm. 5), S. 51.

¹⁰ Vgl. Nehemiah Robinson, The Genocide Convention, New York 1960, S. 17–18. Siehe Resolution 96 (I) in Appendix I, S. 121 f.

¹¹ Ebd., S. 123, Appendix II, Draft Convention Prepared by the Secretariat.

¹² Vgl. Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord – die Konventionsentwürfe des UN-Sekretariats und der Ad Hoc Ausschüsse, erster Entwurf der Völkermordkonvention, ausgearbeitet vom UN-Sekretariat, Mai 1947, UN Dokument E/447.

auch immer“, und würden weiterhin gegen die Hinrichtung (linksradikaler) „Geiseln in Spanien, Griechenland und anderswo“ protestieren. Doch das sei nicht dasselbe wie Völkermord. Als Genozid galt das, was an Polen, Russen und Juden während des Krieges durch die Nazis verbrochen wurde.¹³

Am Ende höhnten die Sowjets die Beschlussfassung so weit aus, dass ein Kompromiss geschlossen und die Konvention einstimmig angenommen werden konnte. Das US-Außenministerium hielt es nicht für „angemessen“, auf die Aufnahme wirtschaftlicher, sozialer oder politischer Gruppen zu pochen, wenn sie damit die Unterstützung für die Konvention aufs Spiel gesetzt hätten.¹⁴ In der Völkermordkonvention, die von der UN-Generalversammlung am 9. Dezember 1948 einstimmig verabschiedet wurde, wurde Völkermord als „Akte“ definiert, die „mit der Absicht begangen wurden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche, ganz oder teilweise, zu zerstören“.

Stalinismus und Völkermord

Fortan war es schwierig für Wissenschaftler, über Genozid als Produkt des sowjetischen Systems zu sprechen. Die Sowjets waren bemüht, sowohl in der UNO als auch in wissenschaftlichen Veröffentlichungen „politische Gruppen“ als zu wenig definierbar darzustellen.¹⁵ Und dennoch hat die Sowjetunion in den vielen Fällen stalinistischen Massenmordes gerade solche Kategorien geschaffen. Die über 30 000 „Kulaken“, die erschossen wurden, und die zwei Millionen, die während der Kollektivierung in den Hohen Norden, nach Sibirien und Zentralasien deportiert wurden, sollten eine identifizierbare soziale und politische Kategorie reicher Bauern darstellen, im Gegensatz zu den armen

¹³ Vgl. UN-Generalversammlung, 6. Ausschuss, Dritte Tagung, 64. Sitzung, 1. 10. 1948, „Fortsetzung der Überlegungen zum Entwurf einer Völkermordkonvention“, S. 12–19.

¹⁴ Vgl. Human Rights, in: U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States, 1948, Bd. 1, S. 296 f.

¹⁵ Vgl. insbes. A.N. Trainin, Bor'ba s genotsidom kak mezhdunarodnym prestupleniem, in: Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo, (1948) 5, S. 1–16, und M.N. Andriukhin, Genotsid-tiaghashee prestuplenie protivchelovechestva, Moskau 1961, S. 72–93.

und mittelständischen.¹⁶ In Wirklichkeit handelte es sich um eine erfundene Gruppe von echten und vermeintlichen Gegnern der Kollektivierung. Ebenso wurden die Millionen, die den „Großen Säuberungen“ 1937/38 zum Opfer fielen, frei erfundenen Gruppen aus echten und vermeintlichen Gegnern zugeordnet. 700 000 Menschen wurden zwischen August 1937 und Anfang November 1938 hingegerichtet oder auf andere Weise getötet, durchschnittlich 1500 pro Tag.¹⁷ Nach objektiven moralischen Kriterien hätten die Angriffe der stalinistischen Regierung auf ihr eigenes Volk in die Völkermordkonvention aufgenommen werden müssen.

Es gibt eine zentrale Schwierigkeit bei der Diskussion der Frage, ob die stalinistischen Massenmorde als Genozid zu bezeichnen sind: der implizite Vergleich mit dem Holocaust. Niemand zweifelt daran, dass die Nazis Völkermord begangen haben. Gerade weil die Sowjetunion großen Anteil daran hatte, dass der Krieg gegen NS-Deutschland gewonnen wurde, und weil sie in diesem Kampf rund 27 Millionen Menschen verloren hatte, scheute man davor zurück, die sowjetischen Verbrechen in eine Reihe mit jenen der Nazis zu stellen.

Doch beginnen wir unsere Skizze des stalinistischen Genozids mit einem Rückblick auf die Geschichte der ukrainischen Hungersnot (Holodomor). Robert Conquest hat Pionierarbeit geleistet; mittlerweile gibt es umfangreiche Dokumentationen und Analysen.¹⁸ Unmittelbarer Hintergrund der Hungersnot war die „Zweite Revolution“, die von Stalin ab 1928 unternommen wurde. Der Staat finanzierte das halsbrecherische Tempo der Industrialisierung, indem er die Bauern in Kol-

¹⁶ Vgl. Jörg Baberowski, Der Rote Terror. Die Geschichte des Stalinismus, München 2003, S. 126.

¹⁷ Vgl. Oleg V. Khlevniuk, The History of the Gulag, New Haven 2004, S. 140, S. 166.

¹⁸ Vgl. Robert Conquest, The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and the Terror-Famine, New York 1986. Quellen: Yuri Shapoval (Ed.), The Famine-Genocide of 1932–1933 in Soviet-Ukraine, Kingston 2005; S. V. Kul'chits'kii (Hrsg.), Kolektivizatsiia i golod na ukraini 1929–1933, Kiew 1992; ders. (Hrsg.), Golodomor 1932–1933 rr. v Ukraini; prychny i naslidki, Kiew 2005. Eine Diskussion in Europe-Asia Studies, 57 (2005) 6, 58 (2006) 4 und 59 (2007) 4 zwischen Robert Davis und Steven Wheatcroft einerseits und Michael Ellman andererseits macht deutlich, wie problematisch es ist, die Hungersnot als Genozid zu beurteilen.

chosen organisierte und die Getreideerntn kontrollierte. Es sei unumgänglich, so das Regime, die „Kulaken“ (Großbauern) anzugreifen (Dekulakisierung) und diese vermeintliche Oberschicht gewaltsam zu vertreiben. Im Zuge dieses blutigen und dysfunktionalen Prozesses wurden Getreidelieferungen blockiert, und mit zunehmender Selbstverständlichkeit wurde Getreide gewaltsam beschlagnahmt. 1931 machte das requirierte Getreide in den größten Anbauregionen der Ukraine und des nördlichen Kaukasus bereits bis zu 46 Prozent der gesamten Ernte aus.¹⁹ Viele Bauern mussten aufgrund der Getreideknappheit ihr Vieh schlachten. Passiver Widerstand von Seiten der Bauernschaft veranlasste Stalin dazu, ihr noch höhere Requirierquoten aufzuerlegen. Kolchosen, die noch Samenkornreserven für die Ernte im kommenden Jahr besaßen, mussten diese an die Behörden abgeben. Beinahe die Hälfte aller Bauernaufstände gegen die Kollektivierung im Jahre 1930 fanden in der Ukraine statt. Stalin befürchtete, dass es polnische Agenten und ukrainische Nationalisten auf die Sowjetrepublik abgesehen hätten: „Wir könnten die Ukraine verlieren“, schrieb er am 11. August 1932 an Lasar Kaganowitsch.²⁰

Am 27. November 1932 betonte Stalin, wie wichtig es sei, „Kolchosenbauern und Kolchosen“, die sich den Beschlagnahmen widersetzen, „KO zu schlagen“.²¹ Inzwischen hatte die Hungersnot alle ländlichen Gebiete der Ukraine erfasst, im Norden auch das Gebiet um den Kuban, das einen großen ukrainischen Bevölkerungsanteil aufwies. Die Grenzen zwischen der Ukraine und Russland wurden abgeriegelt; Stalin war erbost, dass „mehrere Zehntausend ukrainische Kolchosbauern“ schon „in alle europäischen Teile der UdSSR“ geflohen waren und „unsere Kolchosen mit ihrem Gejammer und Gewinsel demoralisieren“.²² Ukrainischen Bauern wurde der Zutritt in die Städte verwehrt; Angebote aus dem Ausland für Lebensmittel-

spenden an die Ukraine wurden abgewiesen: Die Regierung bestritt, dass es eine Hungersnot gab. Als sich die Krise 1933 zuspitzte, schoben Stalin, Molotow, Kaganowitsch und andere die Schuld für die Hungersnot auf die Ukrainer.²³ Die Qualen der Landbevölkerung drangen bis zum Kreml vor, doch Stalin tat nichts dagegen. Vier bis sechs Millionen Ukrainer starben.

Kann die ukrainische Hungersnot als Genozid bezeichnet werden? Es gibt viele Beweise dafür, dass die sowjetische Regierung die Umstände, die zur Hungersnot führten und es den Ukrainern unmöglich machten, sich Nahrung zu beschaffen, stillschweigend geduldet hat.²⁴ Die internationale Rechtswissenschaft stellte jüngst im Zusammenhang mit den Prozessen gegen die serbischen Kriegsverbrecher, die das Massaker an bosnischen Muslimen in Srebrenica (Juli 1995) verübt hatten, fest, dass schon die Tat als Völkermord anzusehen sei, ohne dass nachgewiesen werden müsse, dass sich Einzeltäter schuldig gemacht hätten.²⁵ Es scheint keine ausreichenden Beweise dafür zu geben, um Stalin persönlich des Völkermordes zu überführen, obgleich er verantwortlich handelte und gut unterrichtet über die schrecklichen Folgen seines Handelns war.

Kennzeichnend für den Genozid an den Ukrainern war brutale Gewalt gegen die Bevölkerung. Jörg Baberowski vermutet, dass dieser Hang zur Gewalt aus dem kaukasischen Hintergrund Stalins und vieler seiner Handlanger herrührte, und dass der Anklang, den sie in den unteren Rängen der Partei und der Geheimpolizei gefunden hat, auf die Rückständigkeit der russischen Bauern zurückzuführen sei.²⁶ Auffallend ist die Gleichgültigkeit gegenüber menschlichem Leid, die die sowjetischen Regierungskreise in der Zeit Stalins an den Tag legten. Während ukraini-

¹⁹ Vgl. Nicholas Werth, *Strategies of Violence in the Stalinist USSR*, in: Henry Russo (Ed.), *Stalinism and Nazism*, Lincoln 2004, S. 80.

²⁰ Vgl. Hiroaki Kuromiya, *Stalin: Profiles in Power*, Harlow 2005, S. 111 f.

²¹ Michael Ellman, *Stalin and the Soviet Famine*, in: *Europe-Asia Studies*, 59 (2007) 4, S. 689.

²² Zit. nach: Terry Martin, *The Affirmative Action Empire. Nations and Nationalism in the Soviet Union, 1923–1939*, Ithaca 2001, S. 301.

²³ Vgl. ebd., S. 306 f.

²⁴ Vgl. die Aussagen in: *Report to Congress, Commission on the Ukraine Famine*, Washington, D.C. 1988, S. 235–507.

²⁵ Vgl. Norman M. Naimark, *Srebrenica in the History of Genocide*, in: Mary Chamberlain/Selma Leydesdorff (Eds.), *Memory and Narrative* (i. E.).

²⁶ Vgl. J. Baberowski (Anm. 16), S. 8–10. Siehe auch ders. (Hrsg.), *Moderne Zeiten? Krieg, Revolution und Gewalt im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006, S. 9, und ders./Anselm Doering-Manteuffel, *Ordnung durch Terror*, Bonn 2006, S. 16–19.

sche Bauern täglich zu Zehntausenden verhungerten, zeigte der Kreml nicht das geringste Mitgefühl. Stalin, Molotow, Kaganowitsch und andere erklärten die ukrainischen Bauern zu „Feinden des Volkes“, die den Tod verdient hätten.

Dieselbe Abgestumpftheit gegenüber dem Tod und dem Leiden herrschte in der Leitung des Gulag-Systems. Nicholas Werth hat die „Tragödie von Nasino“ rekonstruiert: An die 5000 „sozial schädliche Elemente“ wurden als „Sondersiedler“ nach Sibirien deportiert und nach ihrer Überstellung von Tomsk am 18. Mai 1933 auf der Insel Nasino ausgesetzt.¹²⁷ Ein Drittel war bereits stark abgemagert und konnte sich kaum mehr auf den Beinen halten. Als der Hunger immer schlimmer wurde, breitete sich Kannibalismus aus. Die tragischen Umstände, die zur Entstehung der berühmten „Kannibaleninsel“ führten, hinderten die Behörden nicht daran, am 27. Mai einen weiteren Konvoi von 1200 „sozial schädlichen Elementen“ aus Tomsk überzusetzen. Einige Deportierte versuchten zu fliehen, indem sie improvisierte Flöße bauten, aber die meisten ertranken oder wurden erschossen. Im Juli, als sich die Lage endlich besserte, waren nur mehr 2200 Menschen am Leben.¹²⁸

Zwischen dem Beginn der „Zweiten Revolution“ und 1953, dem Todesjahr Stalins, gingen rund 18 Millionen Menschen durch den Gulag; weitere sechs Millionen wurden als „Sondersiedler“ ins Exil geschickt. Auf seinem Höhepunkt 1950 gehörten mehr als sechs Millionen einem Teil des weitläufigen „Archipels Gulag“ an.¹²⁹ Die Zahl der Toten in der Zeit zwischen 1934, als mit den Aufzeichnungen begonnen wurde, und 1953 betrug über eine Million; die meisten starben an Unterkühlung, Überarbeitung oder Hunger.¹³⁰ Wie die schrecklichen Todesfälle bei der „Tragödie von Nasino“ und während der ukrainischen Hungersnot war der Tod im Gulag von Gleichgültigkeit und lähmender

Brutalität des Systems begleitet. Und doch unterschied sich der Gulag von den Konzentrationslagern der Nationalsozialisten: „Im Gulag starben sowjetische Häftlinge gewöhnlich nicht aufgrund der Effizienz derer, die sie gefangen nahmen, sondern auch als Folge grober Ineffizienz und Vernachlässigung.“¹³¹

Das Vorgehen Stalins gegenüber als „feindlich“ definierten Nationalitäten kommt dem Verständnis von Völkermord, wie er in der UN-Konvention von 1948 definiert wird, am nächsten. Im Februar 1944 ließen Stalin und Beria fast 500 000 Tschetschenen und Inguschen, die gesamte Bevölkerung dieser beiden verwandten Völker, nach Kasachstan und Kirgisien deportieren, weil sie angeblich mit den Nazis kollaboriert hätten.¹³² Nach Angaben tschetschenischer Historiker starben fast 40 Prozent der Deportierten unterwegs oder kurz nachdem sie an ihrem Zielort angekommen waren. Wie auf Nasino wurden auch die Tschetschenen in unbewohnte Gegenden verfrachtet, und der Proviant, der zur Verfügung gestellt werden sollte, kam nie an. Wie auf Nasino beklagten Berichtersteller des Geheimdienstes NKWD die Inkompetenz ihrer Kameraden und die mangelnde Effizienz der Annahmestellen. Die wahren Schuldigen waren jene, die an der Spitze des Systems standen, Stalin, Beria und andere, deren größtes Anliegen es war, die Tschetschenen und Inguschen aus dem Nordkaukasus zu vertreiben.

Die Deportationen der „bestraften Völker“ und deren hohe Todesrate im Exil kommen dem Wesen und rechtlichen Status eines Genozids sehr nahe.¹³³ Noch bedeutsamer sind die Hinrichtungen einer beträchtlichen Zahl von Angehörigen nationaler Minderheiten, die während der „Großen Säuberungen“ zahlenmäßig mehr gelitten haben als die Russen.¹³⁴

¹³¹ A. Applebaum (Anm. 29), S. XXXIX.

¹³² Vgl. Norman M. Naimark, *Fires of Hatred: Ethnic Cleansing in 20th Century Europe*, Cambridge, Mass. 2001, S. 84–107.

¹³³ Vgl. Alexander Nekrich, *The Punished Peoples: The Deportation and Fate of Soviet Minorities at the End of the Second World War*, New York 1978. Siehe auch N. F. Bugai, L. Beria – I. Stalinu: „Soglasno vashemu ukazaniu“, Moskau 1995; Eric D. Weitz, *A Century of Genocide*, Princeton 2003, S. 53–102.

¹³⁴ Fast ein Drittel der Opfer der Großen Säuberungen, 800 000 Menschen, wurden aus nationalen Gründen verhaftet, deportiert oder hingerichtet; vgl. Terry Mar-

¹²⁷ Vgl. zu den „Sondersiedlern“ während der Hungersnot Lynne Viola, *The Unknown Gulag*, New York 2007, S. 134–137.

¹²⁸ Vgl. Nicholas Werth, *Cannibal Island*, Princeton 2007, S. 129–163.

¹²⁹ Vgl. Anne Applebaum, *Gulag: A History*, New York 2003, S. XVII.

¹³⁰ Vgl. Richard Overy, *The Dictators: Hitler's Germany and Stalin's Russia*, New York 2004, S. 195 f.

Das ungeheuerlichste Beispiel stalinistischen Genozids dieser Art war die von Stalin und Beria angeordnete Hinrichtung von 22 000 polnischen Offizieren und Funktionsträgern im März 1940. Als die Sowjets 1939 Ostpolen (das heutige westliche Weißrussland und die westliche Ukraine) besetzt hatten, internierten sie polnische Männer und deportierten deren Familien nach Kasachstan und Zentralasien. Beria behauptete, die Offiziere seien „Todfeinde der Sowjetmacht“ und müssten eliminiert werden.³⁵ Offiziere des NKWD und der Roten Armee exekutierten die Polen in Ostaschkow, Starobelsk und Katyn; Stalin beschuldigte die Nazis. Erst nach dem Ende der Sowjetunion wurden Beweise für Stalins und Berias Beteiligung an den Hinrichtungen offen gelegt.³⁶

Der Rote Terror

Die Russische Revolution war von extremer Gewalt geprägt, die „sich über kurz oder lang mit kaum abgestufter Intensität gegen alle nichtbolschewistischen Akteure“ richtete.³⁷ Als der Bürgerkrieg auf die Revolution folgte, prägte sich diese Kultur der Gewalt tief in die neuen staatlichen Institutionen ein. Lenins radikale Antworten auf die Probleme der Revolution trugen dazu bei. Am 11. August 1918 erteilte er, erzürnt über einen Bauernaufstand von „Kulaken“ in Penza, folgenden Befehl:

„Kameraden! Der Aufstand der fünf Kulaken-Bezirke muss *erbarmungslos* niedergeschlagen werden. Die Interessen der gesamten Bevölkerung machen dies erforderlich, denn der letzte entscheidende Kampf mit den Kulaken ist bereits *überall* im Gange. Es muss ein Exempel statuiert werden.

1. *Mindestens einhundert* bekannte Kulaken, Reiche, Blutsauger, sind zu erhängen (*öffentlich, damit die Leute es sehen*).
2. Ihre Namen sind zu veröffentlichen.

tin, The Origins of Soviet Ethnic Cleansing, in: Journal of Modern History, 70 (1998) 4, S. 855–858.

³⁵ Vgl. J. Baberowski/A. Doering-Manteuffel (Anm. 26), S. 69. Siehe auch Bernd Bonwetsch, Der GULAG und die Frage des Völkermords, in: J. Baberowski (Anm. 26), S. 122 f.

³⁶ Vgl. zum Beispiel R. G. Pikhoia, A. Geishtor et al., Katyn': Plenniki neob'javlennoi voiny: Dokumenty i materialy, Moskau 1997.

³⁷ Manfred Hildermeier, Die Sowjetunion 1917–1991, München 2001, S. 18 f.

3. Ihr *gesamtes* Getreide ist zu konfiszieren.
4. Geiseln sind zu bestimmen – wie im gestrigen Telegramm angeordnet.

Das alles hat auf solche Weise zu geschehen, dass in einem Umkreis von mehreren Hundert Werst die Leute sehen, zittern, wissen, schreien; *sie strangulieren* die Kulaken, diese Blutsauger!

Telegramm-Empfang ist zu bestätigen und *auszuführen*.

Lenin

Finden Sie wirklich harte Leute“³⁸

Solche Aussagen finden sich wiederholt in Lenins Anweisungen. Am 28. April 1919, im Zusammenhang mit einem Druckerstreik, hieß es: „Die Moskauer Tscheka muss unter den Streikenden und deren Delegierten, ohne Rücksicht auf frühere Bedenken, erbarmungslos Verhaftungen durchführen“; als Antwort auf den Widerstand von Priestern gegen die Konfiszierungen von Kirchengütern (19. März 1922): „Je mehr Repräsentanten der reaktionären Priesterschaft und der reaktionären Bourgeoisie wir (. . .) hinrichten können, desto besser.“³⁹ Lenin begründete den rhetorischen und moralischen Tenor für die Brutalität Stalins in den 1930er Jahren und schuf die Institutionen, die sie ausführten, allen voran die Tscheka, die politische Polizei (7. Dezember 1917). Sie wurde vom Sownarkom (Innenministerium) mit weitestgehenden Befugnissen ausgestattet: „1) um alle Versuche und Akte der Konterrevolution und Sabotage in ganz Russland, aus welchem Viertel sie auch immer kommt, zu unterdrücken und zu liquidieren. 2) um alle Saboteure und Konterrevolutionäre an das Revolutionsgericht zu überführen und Maßnahmen auszuarbeiten, um sie zu bekämpfen (. . .).“⁴⁰

Der extreme Zentralismus der KPdSU, der dem hierarchisch organisierten Terror der stalinistischen 1930er Jahre innewohnte, ging

³⁸ Dok. 24, Brief an V. V. Kuraev, E. B. Bosh, A. E. Minkin, in: Richard Pipes (Ed.), The Unknown Lenin. From the Secret Archive, New Haven 1996, S. 50; Hervorhebungen im Original.

³⁹ Vgl. Dok. 35, Resolutionsentwurf von Kamenev und Lenin bezüglich des Druckerstreiks, S. 66; Dok. 94, Brief an Molotow und an Politbüro-Mitglieder, S. 153 f., in: ebd.

⁴⁰ Zit. nach: Robert Gellately, Lenin, Stalin, and Hitler, New York 2007, S. 46 f.

auf Lenin zurück. Ebenso ließ Lenin Konzentrationslager errichten, in denen echte und vorgeliebte Feinde interniert wurden. 1921 gab es bereits 84 Lager in 43 Provinzen, in denen „unzuverlässige Elemente“ inhaftiert und „rehabilitiert“ wurden.¹⁴¹ Bereits im September 1918 waren 25 zarische Minister und höhere Beamte gemeinsam mit 765 Weißgardisten erschossen worden. Im Frühsommer 1920, während sich die Weiße Armee und ihre Anhänger aus der Krim zurückzogen, holten die Bolschewiki 50 000 Flüchtlinge ein und ermordeten sie alle. Allein in Sewastopol wurden etwa 12 000 Menschen getötet.

Um den allgegenwärtigen Klassenfeind zu zermalmern, der oft als Laus, Parasit, Küchenschabe oder sonstiges Insekt bezeichnet wurde, forderten Lenin, Sinowjew und andere von der Tscheka, zu foltern, Geiseln zu nehmen und zu töten.¹⁴² Am 16. Juli 1918 massakrierten Bolschewiki aus Jekaterinburg mit Lenins Einverständnis den Zaren und seine Familie, entstellten ihre Gesichter und begruben sie in Massengräbern.¹⁴³ Während der Entkosakisierungskampagne von 1919 wurde in Parteierlassen zur Anwendung von „Massenterror“ und totaler „Ausrottung“ am Don und am Kuban aufgerufen.¹⁴⁴

Lenin überwachte auch die Umwandlung des Rechtssystems in eine „Waffe des Massenterrors“ gegen Klassenfeinde.¹⁴⁵ Als die Revolutionstribunale in ihrem Umgang mit politischen Feinden nicht hart genug vorgingen, erließ Lenin die Verordnung „Das sozialistische Vaterland in Gefahr!“, in der befohlen wurde, alle „feindlichen Agenten, Profiteure, Hooligans und konterrevolutionäre Agitatoren“ „auf der Stelle“ zu erschießen. Die Tscheka gab den Gerichten spezielle Anweisungen, nicht kleinlich zu sein: „Zuerst müssen Sie ihn fragen, welcher Klasse er angehört, nach seiner sozialen Herkunft, Aus-

bildung und Beruf. Das sind die Fragen, die das Schicksal des Angeklagten bestimmen müssen. Das ist die Bedeutung des Roten Terrors.“¹⁴⁶

Aus der Literatur, die den Streit um Lenins Nachfolge nach seinem Tod im Januar 1924 dokumentiert, scheint hervorzugehen, dass Lenin trotz einiger Zweifel Stalin als seinen Nachfolger ansah. Zudem entsprach Stalin mehr als jeder andere den Wünschen der Parteimitglieder, als er Ende der 1920er Jahre in Lenins Fußstapfen trat.¹⁴⁷ Wir wissen nicht, wie Lenin gehandelt hätte, wenn er länger gelebt hätte. Wie wir gesehen haben, war er nicht weniger brutal als Stalin und nicht weniger willens, zur Erreichung seiner Ziele Gewalt einzusetzen. Man könnte einwenden, dass bei Lenin noch eine Art von Beziehung zwischen gewalttätigem Mittel und Zweck bestand, was den Genozid unwahrscheinlicher machte, als das unter Stalin der Fall war.

Trotz der Argumente, mit denen der hohe Blutzoll im Stalinismus bisweilen erklärt wird – der bevorstehende Krieg, Stalins Angst vor Terrorismus, die Notwendigkeit, die Wirtschaft aufzubauen, soziale Ambitionen der unteren und mittleren Parteiränge –, die Massenmorde unter Stalin waren ein zu tiefst irrationaler und psychotischer Akt.¹⁴⁸ Lenin mag bereit gewesen sein, leichtfertig zu töten, um seine Ziele zu erreichen. Stalin besaß die Persönlichkeit eines Völkermörders. Durch die bolschewistische Revolution, die er angeführt hatte, hatte Lenin Stalin mit den Institutionen und der Ideologie ausgestattet, die das Furchtbarste möglich machten.

¹⁴¹ Vgl. A. Applebaum (Anm. 29), S. XVI.

¹⁴² Vgl. J. Baberowski (Anm. 16), S. 33–41; A. Yakovlev (Anm. 3), S. 20 f.

¹⁴³ Vgl. Donald J. Raleigh, *The Russian Civil War, 1917–1922*, in: R. G. Suny (Anm. 1), vol. III, S. 145.

¹⁴⁴ Vgl. Peter Holquist, *The Logic of Violence in Soviet Totalitarianism*, in: Amir Weiner (Ed.), *Landscaping the Human Garden*, Stanford 2003, S. 25 f. Zwischen 300 000 und 500 000 Kosaken wurden bei diesen Kampagnen getötet.

¹⁴⁵ Vgl. Orlando Figes, *A People's Tragedy. A History of the Russian Revolution*, New York 1996, S. 534.

¹⁴⁶ Ebd., S. 535 f.

¹⁴⁷ Vgl. R. Pipes (Anm. 38), S. 8–10; Robert Service, *Stalin: A Biography*, Cambridge, Mass. 2005, S. 189 f., S. 208–226. „Stenogramme“ aus dem Politbüro belegen Stalins großes Geschick, sich nach Lenins Tod als erster Parteidiener zu präsentieren, vgl. die Beiträge von Robert Service und Hiroaki Kuromiya in Paul Gregory/Norman Naimark (Eds.), *The „Lost“ Politburo Transcripts* (i. E.).

¹⁴⁸ Vgl. O. V. Khlevniuk (Anm. 17), S. 148, und R. Overy (Anm. 30), S. 176 ff.

Irina Scherbakowa

1917/1937 und das heutige Russland

2007 ist ein Jahr der tragischsten Daten, die die russische Geschichte der neuesten Zeit geprägt haben. Es sind der 90. Jahrestag des bolschewistischen Umsturzes im Oktober 1917 und der folgenden Revolution sowie der Beginn des Großen Terrors 1937, der sich zum 70. Mal jährt. Welche Rolle spielen diese Daten im Bewusstsein der heutigen Einwohner Russlands, in ihrem

kollektiven und kulturellen Gedächtnis?¹

Irina Scherbakowa

Dr. phil., geb. 1949; Koordinatorin des Allrussischen Schülerwettbewerbs der Internationalen Gesellschaft für Historische Aufklärung, Menschenrechte und Soziale Fürsorge „Memorial“, Malyj Karetnyj pereulok, 12, 127051 Moskau/Russische Föderation, www.memo.ru, ischerbakowa@memo.ru; Memorial Deutschland e.V., Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, www.memorial.de, info@memorial.de

Die Ereignisse vom Oktober 1917 sind bis heute umstritten und werden gegensätzlich beurteilt. Die Skala der Bewertungen reicht von der „großen sozialistischen Revolution“ bis zur „Machtergreifung“ durch eine Gruppe von Extremisten oder einen Haufen Fremder und zu einer Verschwörung von Freimaurern. Den Sturm

des Winterpalasts durch die Bolschewiki in Petrograd kann man als Umsturz bezeichnen. Danach begann die Revolution, die in kürzester Zeit das politische System, die Struktur der Gesellschaft, die Eigentumsverhältnisse und die geistige Atmosphäre in Russland veränderte.

Zeitzeugen und Akteure der Ereignisse sind längst nicht mehr am Leben, nur Einzelne von ihnen haben noch den Beginn von Gorbatschows Perestrojka erlebt. Aber die historische Bewertung der „Energie des Irrtums“ derer, die sich am Prozess des revolutionären Umbruchs von 1917 bis in die 1930er Jahre hinein beteiligt haben, ist wich-

tig. Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts geboren, aufgewachsen unter dem Einfluss radikaler linker Strömungen und Praktiken (der ältere Bruder Lenins, ein überzeugter Anhänger von Terrorismus, wurde 1887 wegen Vorbereitung eines Attentats auf den Zaren hingerichtet), verstanden sich die russischen Radikalen als Marxisten, die sich die Errichtung einer revolutionären Diktatur zum Ziel setzten. 1917 hatten viele eine langjährige Haft in zaristischen Gefängnissen und Verbannungsorten und ein Leben in der Emigration hinter sich. Im Unterschied zu den Akteuren der von ihnen gestürzten Provisorischen Regierung, die nach der Februarrevolution 1917 an die Macht gekommen waren, waren sie weder im beruflichen noch im gesellschaftlichen Leben des vorrevolutionären Russlands integriert. Auch Lenin hatte über zehn Jahre außerhalb Russlands verbracht.

Diese Personen (mit ihrem Führer, der 1924 starb) kamen entweder noch in den 1920er Jahren ums Leben, oder sie machten der neuen Stalin'schen Kohorte von Führern Platz, die jünger waren und der sozialen und kulturellen Peripherie entstammten. Sie waren noch weniger gebildet, hatten den Bürgerkrieg mitgemacht und waren davon überzeugt, jegliches Problem mit Entschlossenheit lösen zu können. Sie ließen sich leicht in den Stalin'schen Apparat eingliedern. Die Generation derer, die den Oktober organisiert hatten, wurde in den Jahren der Parteisäuberungen verdrängt und verschwand in der Periode des Großen Terrors 1937/38 endgültig von der Bühne.

Bewertungen der Revolution

Die Oktober-Ereignisse wurden bald nach dem Sieg im Bürgerkrieg (1921) von den Machthabern mythologisiert. Das Datum der Machtübernahme durch die Bolschewiki, der

Übersetzung aus dem Russischen: Vera Ammer, Euskirchen.

¹ Diesem Text liegt folgende Literatur zu Grunde: Boris Dubin, *Žit' v Rossii na rubeže stoletij* (Leben in Russland zur Jahrhundertwende), Moskau 2007; Jurij Levada, *Iščem čeloveka* (Wir suchen den Menschen), Moskau 2006; *Otcy i deti. Pokolenčeskij analiz sovremennoj Rossii. Sbornik statej* (Väter und Söhne. Eine Generationenanalyse des heutigen Russland. Aufsatzsammlung), Moskau 2005; I. Karacuba/I. Kurukin/N. Sokolov, *Vybiraja svoju istoriju* (Die Wahl unserer Geschichte), Moskau 2005; *1937. Stat'i i dokumenty* (Aufsätze und Dokumente), Moskau 2007.

7. November (wegen der Einführung des neuen Kalenders rückten alle Daten zwei Wochen vor), wurde zum wichtigsten Staatsfeiertag der UdSSR. Erst 1996 wurde der Tag umbenannt in „Tag der Versöhnung und Eintracht“, um dann im Jahre 2005 abgeschafft zu werden.

Die Ereignisse des Oktober 1917 dienten zur Begründung der Ideologie, die vollständige Unterordnung unter die Staatsmacht und die Partei verlangte und sich im „großen Führer Stalin“ verkörperte. In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre kam es zum Verzicht auf die wesentlichen Ideen, die die Organisatoren des Oktober 1917 beseelt hatten – Weltrevolution, Internationalismus, weltweite proletarische Verbrüderung. Die Mythologie des revolutionären Umbruchs, der von den heldenhaften bolschewistischen Kommissaren durchgeführt worden war, die die Volksmassen in den Kampf gegen die „feindlichen Klassen“ geführt hatten, wurde abgelöst durch die Ideologie einer industriell entwickelten, militarisierten Großmacht unter der Leitung einer militarisierten Führerfigur (in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges war Stalin erst Oberkommandierender, dann „Generalissimus“). Die Staatssymbolik (von der neuen Hymne, die die „Internationale“ ersetzte, bis zur Einführung einer Militäruniform mit Schulterstücken, die an die zaristische erinnerte) entsprach der einer imperialistischen Großmacht. Der Sieg im Vaterländischen Krieg von 1941/1945 wurde sowohl im Gedächtnis des Volkes als auch für die staatliche Propagandamaschinerie zum Hauptereignis.

Indes hatte seit Ende der 1930er Jahre ein Teil der studentischen Jugend als Reaktion auf die grausamen Verfolgungen begonnen, die bolschewistische Revolution und ihre Protagonisten zu idealisieren, und zwar als Opposition gegen das Regime Stalins. Diese Tendenzen nahmen zu, als nach Stalins Tod das so genannte Tauwetter einsetzte (1953–1964). Die Epoche der Revolution und die 1920er Jahre kamen wieder „in Mode“. Viele Namen tauchten wieder auf aus dem Nichtsein im Gulag. Die neue Generation wollte die revolutionären Ideale von den „Verfälschungen des Stalinismus“ „befreien“ und der Partei die „Leninschen Normen“ zurückgeben. Die Zielsetzung der am weitesten fortgeschrittenen sozialen Gruppe entsprach der des „Prager

Frühlings“: dem Traum von einem Sozialismus „mit menschlichem Antlitz“.

Als Nikita Chruschtschow seinen Posten als Erster Sekretär des ZK der KPdSU verlor, folgten lange Jahre der Breschnew'schen Stagnation (1964–1985), eine Epoche der Resignation angesichts unerfüllt gebliebener liberaler Hoffnungen. In diesen Jahren kam das oppositionelle Denken in Russland allmählich zur Erkenntnis, dass der bolschewistische Umsturz und die neue Ordnung ein Territorium des blutigen Fanatismus geschaffen hatten. Seit Ende der 1980er Jahre, unter dem Einfluss der Perestroika und des Zerfalls der UdSSR, wurde die Einstellung zum Oktober 1917 immer negativer. Man revidierte die Sicht auf den Bürgerkrieg und unterzog den von den Bolschewiki unmittelbar nach der Machtübernahme entfesselten Terror einer kritischen Beurteilung.

In den vergangenen Jahren sind bei der Bewertung dieser Ereignisse widersprüchliche Tendenzen zu beobachten. Einerseits demonstrieren den Machthabern nahestehende Ideologen ihre grundsätzlich negative Einstellung zu allen Revolutionen, sei es nun die Februar- oder die bolschewistische Oktoberrevolution, da ihnen jeder Aufruf zur Systemveränderung und zur Destabilisierung verdächtig erscheint. Politische Opposition schadet in ihren Augen nur einem starken Staat, Orthodoxie, Autokratie und Volksverbundenheit gelten als Grundlagen für eine starke Macht. Die Ideologen bedienen sich der Texte eines so renommierten Autors wie Alexander Solschenizyn, der die revolutionären Geschehnisse von 1917 immer wieder scharf abgelehnt hat, und zwar vom Standpunkt der Erhaltung der vorrevolutionären Gesellschaftsordnung. Dabei spricht man wenig davon, was das Land in die revolutionäre Katastrophe geführt hatte – der Unwille der Autokratie zu einschneidenden Veränderungen, zu politischen und ökonomischen Reformen, die Unfähigkeit der zaristischen Regierung zur Überwindung der ausufernden Korruption, das Streben, Feinde unter Andersgläubigen zu suchen, die Aufstachelung so genannter patriotischer Kräfte, die zu Beginn der Revolution grausame Pogrome gegen Juden verübten. Zu dieser antihistorischen Sicht trägt Nostalgie nach einem zaristischen Russland bei, die sich in den 1990er Jahren zu einem Kult um die erschossene Zarenfamilie und den letzten Zaren entwickelt hat.

Andererseits gewinnen linksradikale Kräfte Zuwachs, die bei Parlamentswahlen die KP unterstützen und die meist den älteren Teil des russischen Elektorats stellen. Neobolschewistische Stimmungen breiten sich auch bei einem Teil der oppositionellen Jugend aus.

Lenin im Mausoleum

Das wichtigste Indiz für das, was sich im kulturellen Gedächtnis in Russland abspielt, ist nicht nur die Erhaltung der Denkmäler, die die Hauptperson des Oktober 1917 darstellen – der Lenin-Denkmal –, sondern vor allem die Tatsache, dass bis heute auf dem zentralen Platz des Landes das Mausoleum mit seinem nicht bestatteten Leichnam existiert, ungeachtet aller Forderungen, Lenin endlich der Erde zu übergeben. Das Mausoleum war zunächst als Provisorium gedacht, es sollte denen, die nicht zur Beisetzung nach Moskau kommen konnten, die Möglichkeit geben, vom geliebten Führer Abschied zu nehmen. In den 1930er Jahren wurde das provisorische Mausoleum aus Holz durch eines aus Stein ersetzt, das für die Ewigkeit konzipiert war. Der Rote Platz wie auch das Bild Lenins machten mit der Zeit charakteristische Veränderungen durch.

Der Erfolg der Bolschewiki hing unmittelbar mit Lenin zusammen, mit seinen taktischen Fähigkeiten und der Entschlossenheit, mit der er die Schwächen der Provisorischen Regierung ausnutzte: ihre Zögerlichkeit, ihre Art, alle drängenden Probleme aufzuschieben, sowie die antibürgerliche Stimmung der Massen, die bereitwillig die populistischen Losungen der Bolschewiki unterstützten. Mit Lenin ist die Entstehung des Führerkults verbunden. Seine Beisetzung 1924 wurde zum symbolischen Abschied des gesamten Volkes. Seine Mitkämpfer, die den Machtkampf schon begonnen hatten, als er noch lebte, rissen sich buchstäblich darum, den Sarg zu tragen. Den Sieg trug Stalin davon, der schon zu Lenins Lebzeiten eine immense Machtfülle in seinen Händen konzentriert hatte und schneller als alle anderen erkannte, dass eine Epoche der Sekretäre und Apparatschiks bevorstand. Um seine Macht zu legitimieren, kam Stalin die Sakralisierung des Toten äußerst gelegen. Lenin blieb, unbestattet, eine Geisel des von ihm kreierte Systems und der von ihm kons-

tituierten Mythologie. Das Mausoleum wurde zum zentralen sakralen Ort des Landes. Hier sollten Stalin und seine Nachfolger jahrzehntelang die Massen jubelnder Bürger begrüßen sowie Militär- und Sportparaden abnehmen, die den Mobilisierungscharakter des sowjetischen Systems symbolisierten.

Lenin blieb für die nächsten 50 Jahre ein Symbol, dem Henker und Opfer sowie jene Henker, die später selbst zu Opfern wurden, ihren Eid leisteten, Oppositionelle wie Stalinisten. Für die linke und rechte Opposition in der Partei symbolisierte Lenin Ende der 1920er Jahre die Reinheit der revolutionären Ideale, die von Stalin entstellt und usurpiert worden seien. Bis zum Tod Stalins sollten sich viele auf den „guten Lenin“ im Gegensatz zu seinem grausamen Antipoden Stalin berufen. Mit Hilfe von Schriftstellern, Künstlern und Regisseuren wurde ein mythologisches Bild des „menschlichsten aller Menschen“ geschaffen. Dieses Lenin-Bild diente der ideologischen Rechtfertigung nicht mehr nur für das Häuflein seiner rasch verschwindenden Mitkämpfer, sondern auch für Millionen Sowjetbürger, die als Stütze des Regimes dienten, das in den 1930er Jahren entstand.

Das Bild des guten und weisen Lenin existierte lange und lebt in geringem Maße noch heute fort. Die Veränderungen, die nach Stalins Tod 1953 stattfanden – Verzicht auf den Terror, Abschaffung des Gulag-Systems, Rehabilitierung von Millionen von Opfern – erhielten in der offiziellen Sprache die mythologische Bezeichnung „Rückkehr zu den Lenin'schen Normen“. Diese Formel passte sehr gut in das Schema der Liberalisierung und der Entlarvung des „Personenkults“. Allerdings bewirkten die während der Breschnew-Zeit zum Stillstand gekommene Demokratisierung der Gesellschaft und die Versuche, die Figur Lenins zu nutzen, um die Hilflosigkeit der Partei bei der hoffnungslosen Aufgabe, den Kommunismus aufzubauen, zu verschleiern, dass zu Lenins 100. Geburtstag 1970 als Reaktion auf den immensen Propagandalärm um dieses Datum eine Unmenge von Witzen im Volk die Runde machte, die das Bild des humanen Führers der proletarischen Revolution endgültig zunichte machten.

Mit dem Beginn der Perestroika belegten veröffentlichte deklassifizierte Dokumente aus den Archiven die unglaubliche Grausam-

keit sowie den Pragmatismus, mit dem Lenin seit der Machtübernahme und im Bürgerkrieg vorgegangen war, und welche Grundlagen auf diese Weise für den Stalinismus geschaffen worden waren. Das Mausoleum mit seinem Leichnam wurde in den 1990er Jahren zu einem absurden Kulturobjekt. Die Ehrenwache wurde abgeschafft, die Staatsführer nutzten es nicht mehr als Tribüne. Die an Touristen verkauften traditionellen russischen Matrjoschki bekamen eine neue Gestalt – aus Lenin erscheint Stalin, aus ihm Breschnew, dann Gorbatschow, Jelzin usw. Auf dem Roten Platz finden sich Gestalten, die als Hauptpersonen der russischen Geschichte der 1920er Jahre maskiert sind. Wer will, kann sich mit dem letzten russischen Zaren sowie mit Lenin und Stalin fotografieren lassen. Im Winter richtet man auf dem Roten Platz eine große Eisbahn ein, im Sommer finden Rockkonzerte statt.

Zum nächsten Schritt, zur Bestattung seines Leichnams, ist es noch nicht gekommen. Nicht nur die Angst vor Protesten der kommunistischen Wähler ist der Grund dafür. Im Zuge der politischen und gesellschaftlichen Veränderungen erwachte die sowjetische und dann auch die leninistisch-stalinistische Tradition wieder zum Leben. Die Ursachen und Formen dieser Nostalgie waren unterschiedlich – Unzufriedenheit mit den Reformen und ihren sozialen und politischen Folgen, aber auch mit dem kommerziellen und politischen Erfolg von Personen aus der früheren sowjetischen Elite. Schrittweise gaben die Machthaber das westliche Demokratiemodell wieder auf und suchten nach einem „eigenen“ Weg, vor allem nach einer nationalen Idee. Dabei griffen sie immer intensiver auf die sowjetischen Mythen und die alten Propagandamethoden zurück.

Lehren von 1937

Von Anfang an waren Terror und Repression die wichtigsten Machtinstrumente für die kommunistische Partei. Bereits 1918 hatten die Kommunisten den „Roten Terror“ ausgerufen; in den 1920er Jahren inhaftierten sie Vertreter der „feindlichen Klassen“ oder schickten sie in die Verbannung – Geistliche, Intellektuelle, politische Gegner, Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre sowie Angehörige der linken und rechten Opposition.

Sie verhafteten Ingenieure und Spezialisten und beschuldigten sie als „Volksschädlinge“. Anfang der 1930er Jahre wurden Millionen von Bauern „entkulakisiert“ und in ferne Regionen des Landes deportiert.

Allein von 1934 bis 1944 haben in der UdSSR zwölf bis 14 Millionen Menschen das System des Gulag, der Sondersiedlungen und anderer Formen der Zwangsarbeit erliden müssen. Dennoch blieb das Jahr 1937 im Gedächtnis des Volkes als das Jahr besonders schwerer Verfolgungen haften. Obwohl aus der Masse von Geheimdokumenten, die mit den Repressionen zusammenhängen, bislang nur ein geringer Teil für Historiker zugänglich ist, haben wir vieles über den Mechanismus des Großen Terrors und über die Zahl der Opfer erfahren, die selbst für damalige Maßstäbe phantastisch war. In 14 Monaten der Jahre 1937/38 wurden 1,7 Millionen Bürger verhaftet und 700.000 erschossen. Zu Opfern wurden vor allem jene, von denen die Machthaber glaubten, dass sie tatsächlich oder potenziell unzufrieden waren mit der totalen Vernichtung der fähigsten Bauern in den Dörfern als Folge der Hungersnot von 1930/32 und mit den grausamen Methoden, mit denen die Industrialisierung des Landes durchgeführt wurde.

Bis heute sind im Zusammenhang mit dem Großen Terror Mythen verbreitet, und immer häufiger trifft man auf den Standpunkt, in diesen Jahren sei ausschließlich die Parteinomenklatur vernichtet worden (wie es in der berühmten Rede Chruschtschows 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU hieß, als erstmals offen über die Repressionen gesprochen wurde). Viele berufen sich auf Aussagen von Solschenizyn, der die Repressionen der Jahre 1929/32 denen von 1937/38 entgegensetzt: Damals habe es eine das ganze Volk betreffende Tragödie der Bauern gegeben, später dagegen wurde die Parteilite vernichtet, also die Organisatoren und Verantwortlichen für die Repressionen. Heute kann man die „Stalin’schen Erschießungslisten“ für 40.000 Personen – Sowjetfunktionäre, Parteiarbeiter und Kulturpolitiker – einsehen, die die Unterschrift Stalins und anderer Mitglieder des Politbüros tragen. Der Geheimbefehl des Volkskommissariats für Innere Angelegenheiten (NKWD) Nr. 00447, der Anfang der 1990er Jahre zugänglich wurde und nach dem am 5. August 1937 die umfassendsten Verfol-

gungen einsetzten, enthält eine lange Liste der Kategorien von zu verhaftenden Personen. Es folgten Befehle zu den so genannten nationalen Operationen (der polnischen und der deutschen), denen Zehntausende einzig ihrer polnischen oder deutschen Herkunft wegen zum Opfer fielen.

Der Höhepunkt der Massenverhaftungen zur Zeit des Großen Terrors von 1937 fiel auf die Feiertage zum 20. Jahrestag der Oktoberrevolution. Viele von denen, die in jenen Tagen in Moskau oder anderen Großstädten verhaftet wurden, nahmen als letzte Erinnerung an das Leben außerhalb des Stacheldrahts die festlich illuminierten Straßen und die aus leuchtenden Lampen gebildete römische Ziffer XX zu Ehren des 20. Jahrestages mit. Das Land versank in einem blutigen Albtraum, den zu leugnen sogar denen schwer fällt, die heute versuchen, Stalin reinzuwaschen.

Das Bacchanal des Massenterrors ging mit einer Propagandakampagne gegen „Volksfeinde“ einher, sie stimulierte und ermunterte Denunziantentum, Heuchelei, Doppeldenken und Opportunismus. Das Jahr 1937 bedeutete die massenhafte Anwendung außergerichtlicher Mechanismen. Urteile wurden in Abwesenheit und in beschleunigten Verfahren gefällt, ohne angefochten werden zu können, und zwar durch speziell geschaffene „Troikas“ (die aus einem Vertreter des örtlichen NKWD, der Staatsanwaltschaft und der Parteiorgane bestanden). „1937“ steht für den planmäßigen Charakter der Massenoperationen, die Festsetzung von „Limits“, d. h. der Anzahl derer, die verhaftet werden sollten. Es steht für die Einteilung der Verhafteten in Kategorien: Die erste bedeutete die Erschießung, die zweite eine langjährige Inhaftierung im Gulag. 1937 brachte auch die massenhafte Anwendung von Folter während des Untersuchungsverfahrens. Überdies stellten die Ereignisse des Jahres 1937 die westliche linke Intelligenz vor die unmögliche und unsittliche Wahl zwischen Stalin und Hitler; ein krasses Beispiel hierfür ist Lion Feuchtwangers Buch „Moskau 1937“, das die Schauprozesse gegen hohe Partei- und Regierungsfunktionäre rechtfertigte.

Nach den Männern wurden auf Befehl des NKWD ihre Frauen als Familienmitglieder von „Volksverrätern“ verhaftet; die Kinder kamen in Heime. Rund 20.000 Frauen wur-

den unmittelbar nach der Verhaftung ihrer Männer festgenommen und in eigens für sie eingerichtete Lager verbracht. In den Städten leerten sich in großen Häusern ganze Stockwerke; die Menschen fürchteten nächtliches Türklingeln. In den freigewordenen Wohnungen und Zimmern (1937 wurden allein in Moskau über 10.000 Wohnungen frei) quartierten sich häufig Mitarbeiter des NKWD ein. Speicher brachen zusammen unter dem Gewicht der konfiszierten Gegenstände. Bücher und Artikel wurden vernichtet, Bilder verbrannt. Nachts fuhrn „Raben“ durch die Stadt, besondere Autos für den Transport von Verhafteten. Verwandte und Nahestehende reihten sich in stundenlange Schlangen, um in Sprechstunden beim NKWD etwas über das Schicksal ihrer Nächsten in Erfahrung bringen. Es folgte die langjährige Lüge der Behörden, die den Verwandten der Verhafteten zunächst etwas von „Lagern ohne das Recht auf Korrespondenz“ erzählten, um die Erschießungsurteile zu bemänteln, und später gefälschte Todesurkunden über einen angeblichen „natürlichen“ Tod im Lager ausstellten.

Postsowjetisches Bewusstsein

Nach dem Großen Terror waren die Menschen noch lange von Angst und Schrecken erfüllt. Vielleicht war es gerade diese Angst, die die Moskauer im August 1991 nach dem gescheiterten Putsch auf den Lubjanka-Platz vor den Sitz des KGB (dem Nachfolger der Geheimdienste WTschk-GPU-NKWD-MGB) trieb, um das Denkmal des Tscheka-Gründers und Kampfgenossen Lenins, Felix Dzierżyński, vom Sockel zu stoßen. Gegenüber wurde ein kleiner Gedenkstein für die Opfer der Repressionen aufgestellt, der aus dem ersten sowjetischen Lager auf den Solowezki-Inseln stammte. Man ging davon aus, dass hier oder anderswo ein weit bedeutenderes Mahnmal errichtet werden würde, das dem Ausmaß der Tragödie gerecht wird, und dass gerade der Gulag und die Erinnerung an die furchtbaren Repressionen zu zentralen Punkten im postsowjetischen gesellschaftlichen Bewusstsein würden.

In den vergangenen 17 Jahren wurden in verschiedenen Städten Gedenktafeln und Gedenkzeichen an den Stellen errichtet, an denen sich Massengräber befinden. Dies geschah in der Regel auf öffentliche oder sogar

Privatinitiative einzelner Bürger, manchmal nach langem Kampf mit den lokalen Behörden. Opferlisten wurden erstellt, die über 2,5 Millionen Personen kurze Informationen enthalten (von insgesamt rund vier Millionen, deren Verfolgung ein politischer Artikel zugrunde lag). Hunderte von wissenschaftlichen Monographien und Dokumentensammlungen wurden veröffentlicht, die die politischen Repressionen und den Gulag zum Thema haben. Allerdings bewirkten Enttäuschungen über die demokratischen Reformen sowie Nostalgie nach der sowjetischen Vergangenheit, dass das Interesse am Thema erlosch. Bis heute gibt es kein nationales Denkmal für die Opfer der politischen Verfolgungen, es gibt kein Museumszentrum, das zum Symbol für die Abrechnung mit der Vergangenheit geworden wäre. Es gibt auch kein symbolisches Datum, das als nationaler Tag des Gedenkens und der Trauer dienen könnte. Weder die Regierung noch die Bevölkerung sind daran interessiert, die Erinnerung an die politischen Verfolgungen zum Fundament für den Aufbau einer neuen Bevölkerung zu machen wollen. Es ist kein Zufall, dass man für das, was Russland im 20. Jahrhundert durchgemacht hat, noch keinen Terminus gefunden hat. (Der Begriff des Totalitarismus war eine Übernahme aus westlichen Quellen und lässt viele Fragen offen).

Auch Stalin ist im historischen Bewusstsein der Russen wieder aufgetaucht. Wiederum kam es, wie bereits in der Breschnew-Epoche, zu einer schleichenden Restalinisierung, wieder wurde Stalin zur Verkörperung des Imperiums, einer starken Regierung, schließlich des Nationalstolzes, des Nationalismus. Ständig liegen Projekte für neue Stalin-Denkmäler in der Luft, einige von ihnen wurden in der Provinz schon realisiert – unter dem Vorwand, das Andenken an den Großen Vaterländischen Krieg zu verewigen.

Opfer dieser neuen Mythologisierung der Sowjetzeit, besonders der Stalin-Periode, sind vor allem die Jugendlichen. Daten unabhängiger soziologischer Umfragen zeigen einen Anstieg von Stalins Beliebtheit; unter denen, die Stalins Wirken positiv bewerten, finden sich immer mehr Jugendliche. Der Prozess der Überwindung der Stalin-Zeit erweist sich als weit schwieriger und qualvoller, als es Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre schien, als die heute 15–18-Jährigen geboren wurden.

Was konnten sie wissen vom langen und mühevollen Kampf um die historische Wahrheit, der sich vor ihrer Geburt abgespielt hatte? Die Eltern waren mit dem schwierigen Prozess beschäftigt, sich in die neue Zeit zu integrieren, und vermittelten ihren Kindern zu häufig eine unreflektierte Nostalgie. Da die lebendigen Zeugen der Stalin'schen Repressionen aussterben und das kollektive Gedächtnis schwindet, leben Jugendliche heute faktisch nur in einem Raum der Geschichte, nicht der lebendigen Erinnerung. Im Laufe der Revision unserer Vergangenheit werden die Buchläden mit quasihistorischer und populärer Literatur überflutet, die offen oder verdeckt das Regime und Stalin selbst sowie seine Mitkämpfer und vor allem die Sicherheitsorgane rehabilitiert. Sich in diesem trüben Meer zurechtzufinden, ist für jugendliche Leser nicht einfach.

Im Schulunterricht ist für ein gründliches Studium des Terrors und der politischen Verfolgungen kein Platz. In den vergangenen Jahren mischten sich die Machtstrukturen immer intensiver in den Geschichtsunterricht ein. Deutlich zeigte sich dies auf der russischen Konferenz der Geschichtslehrer im Juni 2007, auf der ein Lehrbuch für neuere Geschichte von 1945 bis 2006 vorgestellt wurde, das bereits in dem „neuen“ Geist verfasst ist: Offen wird das Ziel verkündet, „für die Jugend eine glückliche Identität zu schaffen“, andernfalls „könnten die Bürger Russlands als Antipatrioten aufwachsen“. Entsprechend dieser Ideologie soll die russische Jugend die Geschichte nur „ausbalanciert“ vorgesetzt bekommen.

Die Hauptfrage heute ist, ob die Vergangenheit als ideologische Begründung für neue Konflikte dienen wird, für einen neuen „kalten Krieg“, für die Legitimierung eines autoritären Regimes? Oder kann der Weg des Verstehens und des Anerkennens der Verantwortung für die Vergangenheit zu einem wichtigen Faktor bei der Herausbildung demokratischer Werte werden? Eines steht fest: Die Verantwortung für die Vermittlung und Erhaltung der Wahrheit über die totalitäre Vergangenheit ist heute nahezu die wichtigste Aufgabe für die Zivilgesellschaft in Russland.

Gerd Koenen

Der deutsch-russische Nexus

Im Bild vom „plombierten Waggon“, mit dem Lenin im April 1917 mittels der Deutschen Reichsbahn in das gärende Russland zurückexpediert wurde, hat sich ein historischer Erinnerungsrest an die besondere, intime Verklammerung des Deutschen und des Russischen Reiches in der Periode von Weltkrieg und Revolution erhalten. Dabei war die Revolutionierungspolitik gegenüber Russland nur eine von vielen Karten des Deutschen Reiches beim Griff nach der Welt-

Gerd Koenen

Dr. phil., geb. 1944; Historiker, Publizist und Autor, Schweizerstraße 90, 60594 Frankfurt/Main. gerd.koenen@t-online.de

macht. Aber es war diejenige, die im Jahr 1917 (so schien es zumindest) gestochen und die weltgeschichtliche Lage radikal verändert hatte.

Auf welche Weise hat die bolschewistische Revolution auf Deutschland zurückgeschlagen? Das ist in der Geschichtsforschung bis heute weithin unklar. Annahmen über eine tief verwurzelte Kontinuität deutscher Russlandfeindschaft und Slawophobie verbinden sich mit ungeprüften Hypothesen über einen dominanten Antibolschewismus als Grundströmung der Weimarer Politik, der durch die antisemitischen Invektiven Hitlers gegen den „jüdischen Bolschewismus“ lediglich eine Zuspitzung oder Aufladung erfahren habe. Eine weiter ausgreifende Betrachtung des Verhältnisses beider Reiche und Gesellschaften in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg zeigt ein sehr viel widersprüchlicheres Bild.¹

Politik der Dekomposition

Wenn der Erste Weltkrieg mit der deutschen Kriegserklärung an das Zarenreich begann, dann ergab sich das weniger aus Konflikten zwischen Berlin und Petersburg oder einer virulenten deutschen „Russlandfeindschaft“ als vielmehr aus der Konstellation der Großmächte. Tatsächlich war die Frontstellung

gegen die Expansionspläne des Zarenreiches als „Hort der Despotie“ nur die propagandistische Formel, die es im Juli 1914 ermöglichte, die SPD und das von Zerfallsängsten getriebene Österreich-Ungarn fest an den deutschen Kriegswagen zu ketten. Nachdem die „russische Dampfwalze“ im August 1914 schon im Ansatz zum Stehen gebracht worden war, richtete sich die Wut der deutschen Öffentlichkeit mit umso größerer Intensität gegen den „Erzfeind“ Frankreich und vor allem gegen das „falsche Albion“. Hinter Großbritannien zeichnete sich bereits die mächtige Silhouette Amerikas ab.

Die deutsche Kriegsideologie drehte sich fast ausschließlich darum, einen fundamentalen Gegensatz zwischen dem idealistischen „deutschen Wesen“ und dem materialistischen Ungeist des Westens zu konstruieren. Aber auch militärisch, politisch und wirtschaftlich entwickelte sich der Erste Weltkrieg zu einem Krieg Deutschlands gegen einen „Westen“, der sich als politisch-ideologische Einheit seinerseits erst in diesem Krieg konstituierte. Umgekehrt erfand sich Deutschland in dieser Konfrontation noch einmal als ein europäisches „Reich der Mitte“. Aber diese Mitte, zusammengefasst im Kriegsziel eines von Deutschland beherrschten „Mitteleuropa“, war nun materiell und ideell weit nach Osten verschoben. Während im Westen kein Durchkommen war und die Kaiserworte vom „Platz an der Sonne“ und von der Zukunft, die „auf dem Wasser“ liege, immer hohler klangen, schien der Osten mit seinen von Zerfall bedrohten, riesigen Vielvölkerreichen für eine „Durchdringung“ durch Deutschland weit offen zu liegen.

„Mitteleuropa wird im Kern deutsch sein, wird von selbst die deutsche Welt- und Vermittlungssprache gebrauchen“, glaubte Friedrich Naumann in seiner programmatischen Beschreibung von 1915. Er untermauerte seine Sicht mit einer historischen Skizze, wonach der absinkende westliche Privatkapitalismus, dessen Welthauptstadt London sei, „den nach ihm kommenden Typ des Kapitalismus“ mit seiner höher organisierten „Massenform des (...) Arbeitsmenschentums“, dessen Zukunftswerkstatt Berlin sei, mit aller

¹ Vgl. Gerd Koenen, *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945*, München 2005.

Gewalt am Aufstieg zu hindern suche. Auch der Sozialliberale Naumann nannte das einen „deutschen Sozialismus“, den er dem westlichen Kapitalismus entgegensetzte.¹²

Dass das Kriegsziel „Mitteleuropa“ immer weiter nach Osten ausgedehnt und immer offensiver formuliert wurde, hatte auch mit Entwicklungen im Russischen Reich zu tun. Während in den Demokratien des Westens von einer mehr oder weniger festen Übereinstimmung zwischen Regierungen und Volksmassen ausgegangen werden musste, war bald offensichtlich, dass die beschworene „ewige“ Einheit von Zar und rechtgläubigem Volk tief untergraben war. Die Rede von einer „russischen Revolution“ war nach den Ereignissen des Jahres 1905 – in der Verknüpfung von äußerer Niederlage und inneren Unruhen – zur festen Größe geworden. So forderte der Staatssekretär des Äußeren Zimmermann im Herbst 1914 eine Forcierung der Entscheidung im Osten, wo eine kombinierte Politik von Krieg und Revolutionierung zu bedeutenden Erfolgen führen könne, um dann einen „Krieg bis zum äußersten“ gegen Frankreich und England zu führen, wie ihn das deutsche „Volksempfinden“ fordere.¹³

Die deutsche Politik einer aktiven „De-komposition“ und Revolutionierung Russlands wurde, nachdem sich alle Pläne eines Sonderfriedens mit dem Zaren zerschlagen hatten, mit bemerkenswerter dynastischer Rücksichtslosigkeit formuliert. „Dieser schwache und unaufrichtige Herrscher, dessen Thron wankt (. . .), hat eine furchtbare Schuld vor der Geschichte auf sich geladen und das Recht auf Schonung von unserer Seite verwirkt“, schrieb der deutsche Gesandte in Kopenhagen, Graf von Brockdorff-Rantzau, in einer Denkschrift vom 6. Dezember 1915 an den Reichskanzler. „Der Sieg und als Preis der erste Platz in der Welt ist aber unser, wenn es gelingt, Russland rechtzeitig zu revolutionieren und dadurch die Koalition zu sprengen.“¹⁴ Brockdorff-Rantzau war (neben den Gesandten in Bern, Istanbul und

Stockholm) für die diskreten Kontakte mit den im Exil lebenden Oppositionellen und Revolutionären Russlands verantwortlich. Unter diesen ragte der russische Sozialist Alexander Parvus-Helphand heraus, ein Führer des Petrograder Arbeiterrates von 1905, der es im Exil in der Türkei zum Millionär gebracht hatte, aber gleichzeitig marxistischer Großtheoretiker geblieben war. Helphand hatte sich der deutschen Sozialdemokratie angeschlossen und war zum Führer einer Fraktion rechter und linker Parteileute geworden, die sich um die Zeitschrift „Die Glocke“ scharten. Sie alle sahen in einer Kombination „preußischer Bajonette und russischer Arbeiterfäuste“ eine weltgeschichtliche Kombination, die nicht nur den Zarismus als „Hochburg der politischen Reaktion in Europa“ zertrümmern, sondern mit vereinten Kräften auch die „alte“ kapitalistische Welt des Westens aus den Angeln heben könne, um auf diese Weise einen Weg vom organisierten „Kriegssozialismus“ zu einem entwickelten Sozialismus zu eröffnen.¹⁵

Helphands Erwartungen und Versprechungen, durch die Finanzierung russischer Streik- und Parteikomitees aus dem „Spezialfonds für Propaganda und Sonderexpeditionen“ des Auswärtigen Amtes bereits 1915/16 das Zarenreich zu unterminieren, erwiesen sich zwar als weit überzogen, angesichts der Entwicklungen des Frühjahrs 1917 aber doch als prophetisch. Es war Helphand, der im September 1915 (wenngleich nicht als einziger) die indirekte Verbindung zwischen dem in Zürich lebenden Führer der russischen Bolschewiki, Wladimir Uljanow alias Lenin, und Vertretern der deutschen Reichsleitung herstellte.

Zusammenspiel mit den Bolschewiki

Lenin vertrat unbeirrbar den Standpunkt eines „revolutionären Defätismus“. Im Zentrum stand seine unzweideutige Feststellung, „dass vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen aller Völker Russlands die Niederlage der Zarenmonarchie, der reaktionärsten und barbarischsten

¹² Vgl. Friedrich Naumann, *Mitteleuropa*, Berlin 1915, S. 102–112.

¹³ Zit. nach: Fritz Fischer, *Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/1918*, Düsseldorf 1967 (dritte, vollständig neu bearbeitete Ausgabe), S. 157 f.

¹⁴ Brockdorff Rantzau an Bethmann Hollweg, 6. 12. 1915, zit. nach: ebd., S. 129 f.

¹⁵ Zu Helphand vgl. die bis heute unübertroffene Biographie von Winfried Scharlau/Zbynek B. Zeman, *Freibeuter der Revolution. Parvus-Helphand – Eine politische Biographie*, Köln 1964.

Regierung, (. . .) das kleinere Übel wäre“.¹⁶ Es sei die Pflicht aller Revolutionäre, die Bajonnette umzukehren und den Krieg in eine Revolution zu überführen.

So beunruhigend und extrem das klang, so wenig musste sich die deutsche Reichsleitung davon betroffen fühlen – zumal Lenin gegen nichts und niemanden so erbittert polemisierte wie gegen die „Pfaffenlosung“ eines demokratischen Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, die zum Feldzeichen der linken Sozialdemokraten und Kriegsgegner in Deutschland wie in Russland geworden war. Mit Helphand stimmte Lenin auch darin überein, dass der deutsche Imperialismus das avancierte Modell eines „organisierten Kapitalismus“ vertrete und dieses gegen seine westlichen Rivalen England und Frankreich verteidige, „die in der kapitalistischen Technik rückständiger“ seien und den „russischen Zarismus zum Angriffskrieg, d. h. zum Raub österreichischer und deutscher Gebiete, gedungen“ hätten.¹⁷ Das kam der deutschen Kriegspropaganda weit entgegen. Die Hauptsubventionen erhielten Lenin und seine Parteigänger aber nicht aus Zuwendungen der deutschen Reichsleitung, sondern aus den Erlösen des von Helphand über Kopenhagen und Stockholm abgewickelten, lukrativen Blockadehandels. In Helphands Kopenhagener Kontor arbeiteten Georg Sklarz, ein Handelskommissionär des Berliner Reichskriegsammtes, und Jakob Fürstenberg-Hanecki, der für alle finanziellen Transaktionen zuständige Majordomus von Lenins Zürcher Hausstaat, als Geschäftsführer Hand in Hand.¹⁸

Die deutschen Transferleistungen an die russischen Revolutionäre waren bis 1917 von keiner wesentlichen Bedeutung; so wenig wie die noch sehr viel höheren Subventionen, die zur „Dekomposition“ und Unterminierung des britischen Empire ausgegeben wurden.¹⁹

¹⁶ Lenin, *Der Krieg und die russische Sozialdemokratie*, in: Lenin, *Werke*, Bd. 21, S. 19.

¹⁷ Ders., *Die Aufgaben der revolutionären Sozialdemokratie im europäischen Krieg*, in: ebd., S. 3 f.

¹⁸ Vgl. G. Koenen (Anm. 1), S. 94–97, sowie meine Darstellung der beiderseitigen Verflechtungen: Rom oder Moskau. Deutschland, der Westen und die Revolutionierung Russlands (Diss.), Tübingen 2002, S. 253ff; <http://w210.ub.uni-tuebingen.de/dbt/volltexte/2003/1020/> (3. 10. 2007)

¹⁹ Vgl. ders (Anm. 1), S. 76 f. Bis Januar 1918 waren von insgesamt 382 Millionen Reichsmark etwa 40,5

Bedeutung gewann das Zusammenspiel mit den Leninisten erst nach der Februarrevolution und vor allem in der kurzen Ära der Provisorischen Regierung von Alexander Kerenski. In dieser Phase ab April/Mai 1917, also nach der Durchschleusung Lenins und seiner Exilgenossen im „plombierten Waggon“, griffen die deutschen Zersetzungsbemühungen an der östlichen Front und die defätistische Propaganda der Bolschewiki mit ihrer „Schützengraben-Prawda“ eng ineinander und trugen wesentlich zum Zusammenbruch der Armee des republikanischen Russland und zur „Involution“ des Vielvölkerreiches bei.¹⁰ Nur inmitten dieses vollständigen Machtvakuum konnte die kleine, aber wohl organisierte, von charismatischen Führern wie Lenin und Leo Trotzki geleitete Kampfpartei der Bolschewiki im Oktober/November 1917 die Macht erobern.

Ein deutscher Agent?

Nach dem bolschewistisch inspirierten Umsturzversuch im Juli 1917 hatte die in Bedrängnis geratene Provisorische Regierung versucht, die führenden Bolschewiki, allen voran Lenin, als „deutsche Agenten“ zu verhaften. Die Bolschewiki, die ihrerseits Alexander F. Kerenski und seine Regierung als „britisch-französische Agenten“ denunzierten, gaben sich wenig Mühe, auf diese Beschuldigungen zu antworten, zumal das zusammengetragene Belastungsmaterial nur sehr bruchstückhaft war. Umso größer war die Hysterie auf Seiten der Alliierten. Im Sommer 1917 und erst recht nach der Machteroberung der Leninisten wurde die Vorstellung einer „deutsch-bolschewistischen Verschwörung“ zur alptraumhaften Zwangsvorstellung. Dabei mischten sich – ähnlich wie in der Dreyfus-Affäre in Frankreich um die Jahrhundertwende – germanophobe mit antisemitischen Vorstellungen. Der Topos vom „jüdischen Bolschewismus“ wurde nicht nur in den Milieus der russischen Rechten zum Dauerthema, sondern tauchte auch in der alliierten Publizistik auf. Robert Wilton, der Korrespondent der Londoner „Times“, die als informelles Regierungsorgan galt, hatte schon kurz nach der Februarrevolution davon gesprochen, dass die „russische Sozialdemokratie ein Ableger des

Millionen für die Revolutionierung Russlands aufgewendet worden.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 119 f.

deutschen Marxismus“, somit „ihrem Wesen nach unrussisch und weithin aus Angehörigen einer fremden Rasse zusammengesetzt“ sei.¹¹ In einem Leitartikel der „Times“ vom 23. November hieß es: „Lenin und mehrere seiner Mitstreiter sind Abenteurer deutsch-jüdischer Herkunft und in deutschen Diensten.“¹²

Den sachlichen Hintergrund bot nicht allein die hohe Zahl und prominente Position jüdischer Bolschewiki (die es unter den eher westlich orientierten Menschewiki und Sozialrevolutionären schließlich auch gab), sondern mehr noch das systematische Spiel der deutschen Reichsleitung mit der „jüdischen Karte“. Nicht nur unter den diskriminierten, von Pogromen bedrohten und im „Ansiedlungsrayon“ eingesperrten Juden Russlands, sondern auch in der ostjüdischen Diaspora in den USA, Großbritannien und Frankreich war der Hass gegen das Zarentum so stark, dass er einer Parteinahme für die Mittelmächte nahe oder gleich kam. Die deutsche Politik war kaltblütig darum bemüht, diese Affekte für ihre Zwecke auszunutzen, wobei antisemitische Vorurteile über die Finanz- und Pressemacht des internationalen Judentums oder über die zersetzende Energie jüdischer Revolutionäre taktisch ins Positive gewendet wurden.¹³

Die Machteroberung der Bolschewiki, die sich unter dem einhelligen Beifall der deutschen Öffentlichkeit vollzog, zumal sie an der Front Züge einer einseitigen Kapitulation trug und mit einem raschen Waffenstillstand in Brest gesichert wurde, löste unter den Alliierten einen Schock aus. Selbst Georges Clemenceau oder Winston Churchill erörterten ernsthaft die Frage, ob der deutsche Imperialismus dabei sei, mithilfe jüdischer Revolutionäre das Russische Reich unter seine Kontrolle zu bringen.¹⁴

Trotz allen Widerwillens und eigener Besorgnisse war die deutsche Reichsleitung ent-

schlossen, das auf die „moskowitzischen“ Kerngebiete Russlands zurückgeworfene Minderheitsregime der Bolschewiki an der Macht zu halten. Diese sahen sich nach der Landung alliierter Kontingente im Norden, Fernen Osten und Süden Russlands im Krieg mit den westlichen Alliierten und deklarierten den innerrussischen Bürgerkrieg zu einem „vaterländischen Krieg“ gegen eine angebliche gegenrevolutionäre Intervention.

In dieser Situation suchte Lenin ein stilles, taktisches Bündnis mit dem deutschen Kaiserreich, trotz dessen weiträumiger Landnahmen in den ehemaligen westlichen Reichsgebieten vom Baltikum bis zur Ukraine. Für das eigene Land gab er im Mai 1918 die Parole aus: „Lerne vom Deutschen!“ Deutschland vertrete eben nicht nur „den bestialischen Imperialismus, sondern auch das Prinzip der Disziplin, der Organisation, des harmonischen Zusammenwirkens auf dem Boden der modernsten maschinellen Industrie, der strengsten Rechnungsführung und Kontrolle“. Die Aufgabe der Bolschewiki sei es, „vom Staatskapitalismus der Deutschen zu lernen, ihn mit aller Kraft zu übernehmen“, so wie Peter der Große „die Übernahme der westlichen Kultur durch das barbarische Russland beschleunigte, ohne dabei vor barbarischen Methoden des Kampfes gegen die Barbarei zurückzuschrecken“.¹⁵ Diese Generallinie spitzte er suggestiv zu: Deutschland und Russland repräsentierten „zwei getrennte Hälften des Sozialismus (...), wie zwei Kücken unter der einen Schale des Imperialismus“.¹⁶ Diese beiden „Kücken“ waren dazu bestimmt, gemeinsam die Schale des Imperialismus zu durchbrechen.

Irritierend war nicht nur, dass in dieser bolschewistischen Agitation nach Brest von einer prinzipiellen Politik des „revolutionären Defätismus“ nicht mehr die Rede war. Stattdessen ergingen sich deutsche und sowjetrussische Unterhändler (federführend der frühere AEG-Ingenieur Leonid Krassin und der nationalliberale Sprecher des „Russlandkonsortiums der deutschen Industrie“ Gustav Stresemann) bei ihren Verhandlungen zu den Berliner Zusatzverträgen im Juli/August 1918 in weiten Perspektiven einer strategischen

¹¹ „Russian social democracy is the offspring of German Marxism. It is essentially un-Russian and largely composed of men of alien race.“ The Times vom 30. 3. 1917, zit. nach: Tania Rose, Aspects of Political Censorship 1914–1918, Hull 1995, S. 111.

¹² „Lenin and several of his confederates are adventurers of German-Jewish blood and in German pay.“ Zit. nach: ebd., S. 112.

¹³ Vgl. Egmont Zechlin, Die Deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969.

¹⁴ Vgl. Léon Poliakov, Geschichte des Antisemitismus, Bd. VIII, Frankfurt/M. 1988, S. 77 ff., S. 150 ff.

¹⁵ Lenin, Die Hauptaufgabe unserer Tage, in: Lenin, Werke, Bd. 27, S. 150.

¹⁶ Ders., Über ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: ebd., S. 332.

Zusammenarbeit – auch als klar war, dass die Mittelmächte diesen Krieg nicht mehr gewinnen würden. Lenins Politik einer zielstrebigem Verklammerung der Potenziale Deutschlands und Russlands und seine kaltblütige Nutzung der maßlosen Ambitionen des preußisch-deutschen Imperialismus für die Umwandlung des Weltkriegs in einen Weltbürgerkrieg ist in ihrer herostratischen Kühnheit noch kaum wirklich gewürdigt worden. Es ist erstaunlich, dass alle maßgeblichen Arbeiten über das deutsch-bolschewistische Zusammenspiel in der Weltkriegsperiode drei bis vier Jahrzehnte alt sind.¹⁷

Hysterien der Niederlage

Als Erich Ludendorff das Spiel um die Weltmacht Ende September 1918 verloren gab, spielten angesichts der aufflackernden Militärstreiks die Ängste vor einem Übergreifen revolutionärer Stimmungen auf die Truppe eine wesentliche Rolle. Auch für die sozialdemokratischen und bürgerlichen Konkursverwalter des Kaiserreichs stand bei der Ausrufung der demokratischen Republik im November und während der „spartakistischen“ Unruhen im Dezember und Januar 1918/19 das Gespenst eines Übergreifens des Bolschewismus auf Deutschland beklemmend im Raum. Allerdings hatten die schrillen Alarmrufe auch die praktische Funktion, bei den westlichen Siegermächten im Vorfeld der Versailler Friedensverhandlungen möglichst milde Konditionen zu erwirken.

Eine Durchsicht der deutschen Russland-Literatur der Jahre 1917 bis 1924¹⁸ – der hei-

¹⁷ Vgl. neben den Arbeiten von Fischer (Anm. 3) und Scharlau/Zeman (Anm. 5): Werner Hahlweg, *Der Diktatfrieden von Brest-Litowsk und die bolschewistische Weltrevolution*, Münster 1960; Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*, München 1966. Auch nach der Öffnung der sowjetischen Archive in den 1990er Jahren hat sich trotz der reichhaltigeren und mit Sicherheit nicht ausgeschöpften Quellenlage niemand an einer präziseren Gesamtdarstellung versucht. Fast alle neueren Arbeiten über das Zusammenspiel von Bolschewiki und deutschen Stellen tragen publizistischen, spekulativen Charakter oder sind Einzelstudien. Am substanzialsten: Gerhard Schiesser/Jochen Traupmann, *Russisch Roulette. Das deutsche Geld und die Oktoberrevolution*, Berlin 1998.

¹⁸ Vgl. Gerd Koenen, *Blick nach Osten. Versuch einer Gesamt-Bibliographie der deutschsprachigen Literatur über Russland und den Bolschewismus 1917–1924*, in:

ßen Phase von Krieg, Revolution und Nachkrieg also – bietet ein anderes Bild als jenes, das sich im Lichte späterer Entwicklungen festgesetzt hat. Inmitten aller Schreckensberichte, die aus dem russischen Bürgerkrieg mit dem Strom der Emigranten und Flüchtlinge nach Deutschland gelangten, findet sich ein Ton empathischer Anteilnahme, den Thomas Mann 1921 mit seiner Formel von der „Kameradschaft zweier großer, leidender und zukunftsreicher Völker“¹⁹ traf. Bolschewismus, vielfach übersetzt mit „Maximalismus“, erschien als erzrussisches Phänomen, das eher mit den Romanfiguren und politisch-philosophischen Schriften Dostojewskis als in den Kategorien des Marxismus oder Leninismus zu erfassen war. Besonders Dostojewski stellte sich als Prophet einer „entzauberten“ Welt und Kronzeuge gegen eine geist- und seelenlose Moderne derjenigen Nietzsches zur Seite. Man könnte von einer regelrechten „deutschen Dostojewtschina“ reden.²⁰ Herausgeber und Exeget Dostojewskis in Deutschland war nicht zufällig Arthur Moeller van den Bruck, der Vordenker der (später so genannten) „Konservativen Revolution“, eines integristischen deutschen Nationalismus. Für Moeller war die „russische Geistigkeit“, die in Dostojewski ihre vollkommene Verkörperung gefunden hatte, ein Antidotum gegen das in Deutschland schon tief ins Blut gedrungene, vergiftende Westlertum.²¹

Schaut man die explizit antisemitische Literatur dieser Jahre durch, zeigt sich ein ähnliches Bild. Wenn die russische Revolution inmitten aller anderen Weltverhängnisse, vom Krieg bis zur Inflation, überhaupt besondere Beachtung fand, dann deshalb, weil die Russen als das neben den Deutschen antisemitischste Volk galten. Eben deshalb seien beide Völker erst aufeinander gehetzt und dann

ders./Lew Kopelew (Hrsg.), *Deutschland und die russische Revolution 1917–1924*, München 1998, S. 827–916.

¹⁹ Thomas Mann, *Russische Dichtergalerie*, in: ders., *Aufsätze-Reden-Essays*, Bd. 3, 1919–1925, Berlin (Ost) 1986, S. 284.

²⁰ Vgl. Gerd Koenen, *Bilder mythischer Meister. Zur Aufnahme der russischen Literatur in Deutschland nach Weltkrieg und Revolution*, in: ders./L. Kopelew (Anm. 18), S. 763–789, sowie das Kap. „Eine deutsche Dostojewtschina“, in: ders. (Anm. 1), S. 348–371.

²¹ Vgl. Arthur Moeller van den Bruck, *Die politischen Voraussetzungen der Dostojewskischen Ideen*. Vorwort zu F.M. Dostojewski, *Politische Schriften*, München 1917, S. XVIII.

unter das jüdische Joch gezwungen worden. Das Kernsegment der deutschen Antisemiten setzte auf eine gemeinsame nationale Erhebung gegen die „rote Internationale“ wie die „internationale Demokratie“, die beide nur Werkzeuge der „goldenen Internationale“ darstellten. Die Hauptsitze dieser finanzkapitalistischen jüdischen Weltenherrscher waren London, Paris und New York.¹²²

Noch überraschender ist ein Blick in die Literatur der deutschen Antibolschewisten der ersten Stunde, wie sie etwa in der „Antibolschewistischen Liga“ von 1919 versammelt waren. Die Führer der Bolschewiki, allen voran der „Nationalrusse“ Lenin, aber auch seine jüdischen Weggefährten wie Trotzki, Radek oder Sinowjew, wurden mit einem deutlichen Ton der Bewunderung beschrieben. Zwar galt es, ihren revolutionären Zugriff auf Deutschland mit aller Macht zurückzuschlagen. Aber schon in der Zeit des polnisch-russischen Krieges von 1920 wurde gegen das „Joch von Versailles“ und die französisch-polnische Amputation und Umklammerung des Reiches die Option eines Eventualbündnisses mit Sowjetrußland drohend ins Feld geführt. 1922 sprach der Ex-Ligaführer Eduard Stadler bewundernd vom „Sowjetfaschismus“, den er dem gerade zur Macht gekommenen Benito Mussolini an die Seite stellte.¹²³ Es wäre nicht übertrieben zu sagen, dass das revolutionäre Rußland die deutsche Rechte mindestens ebenso intensiv beschäftigt und fasziniert hat wie die radikale Linke. Als Prototypus könnte der junge Joseph Goebbels dienen, der in seinem expressionistischen Jugendroman „Michael“ von 1923 seinem deutschen Protagonisten den dostojewskihafte russischen Revolutionär Iwan zur Seite stellte. Noch 1925 verglich er Hitler als national-sozialistischen Erlöser Deutschlands mit Lenin als dem Retter Russlands.¹²⁴

¹²² Exemplarisch für diese Argumentationsfigur die Auslassungen des deutschen Herausgebers der „Protokolle der Weisen von Zion“: vgl. Gottfried zur Beek (Ludwig Müller von Hausen), *Die Geheimnisse der Weisen von Zion*, Charlottenburg 1920.

¹²³ Zur Publizistik und Entwicklung Eduard Stadlers und der deutschen Antibolschewisten vgl. die Kap. „Mussolini manqué“ und „Konservative Revolutionäre“ in G. Koenen (Anm. 1); Zitat auf S. 330.

¹²⁴ Joseph Goebbels, *Nationalsozialismus und Bolschewismus*, in: *Nationalsozialistische Briefe*, 15. 10. 1925.

Die Politik der Bolschewiki und der von ihnen gesteuerten Internationale, die in ihrer Agitation das geschlagene Deutschland als „Industriekolonie“ der Westmächte beschrieb und von einer Fusion nationaler und sozialer Energien den revolutionären Durchbruch erwartete, kam diesen Stimmungen zumindest verbal entgegen. Nur auf der Grundlage eines zweifachen – deutschen wie sowjetrussischen – Revisionismus gegenüber der Versailler Weltordnung war es möglich, dass vor allem die Reichswehr, aber auch Teile der Industrie (speziell die Rüstungsfirmen) eine konspirative Nebenpolitik mit Sowjetrußland betrieben, die über die Vereinbarungen der Verträge von Rapallo (1922) und Berlin (1926) weit hinausgriff und in Krisensituationen wie der Ruhrbesetzung 1923 Züge eines potenziellen Kriegsbündnisses annahm.¹²⁵ In der politischen Alltagspraxis und im Kleingedruckten blieben alle diese grandiosen deutsch-russischen Prospekte der 1920er Jahre freilich immer „potenziell“ oder auch virtuell.

Hat der deutsch-russische Nexus in der Zeit von Revolution und Nachkrieg den Weg Hitlers zur Macht geebnet? Wohl eher durch die permanente Frustrierung übersteigter Erwartungen. Erst diese Erfahrung gab der antibolschewistischen Wendung Hitlers einen Anschein von Realismus – auch wenn diese Agitation sich in der Phase seines Aufstiegs zur Macht fast ausschließlich gegen die KPD als Bürgerkriegspartei und kaum gegen das Sowjetrußland Josef Stalins richtete, der den „jüdischen Bolschewismus“ eines Trotzki ja gerade erst auf seine Weise erledigt hatte und sich inmitten der Weltwirtschaftskrise zu einer gepanzerten Großmacht neuen Typs erhob. Weit entfernt, einen „neuen Germanenzug“ gen Osten wie in „Mein Kampf“ zu empfehlen, nutzte Hitler diesen Machtaufbau seines östlichen Rivalen, um sich den Westmächten als Bollwerk zu empfehlen und so die „Fesseln von Versailles“ abzustreifen – nur um 1939 im Zeichen der flugs wieder beschworenen „traditionellen deutsch-russischen Freundschaft“ den Weltkrieg zu eröffnen.

¹²⁵ Vgl. Manfred Zeidler, *Reichswehr und Rote Armee 1920–1933. Wege und Stationen einer ungewöhnlichen Zusammenarbeit*, München 1993.

Das revolutionäre Russland in der Welt

Die (kommunistische) Bewegung schreitet mit derartigem Tempo voran, dass wir aus Überzeugung sagen können: Bereits in einem Jahr werden wir beginnen, zu vergessen, dass es in Europa überhaupt einen Kampf um den Kommunismus gegeben hat, denn innerhalb eines Jahres wird ganz Europa kommunistisch sein.¹ Das prophezeite Gri-

Abraham Ascher
Ph.D., geb. 1928; Distinguished
Professor of History (emeritus),
Graduate Center, City University
of New York/USA
a.ascher@att.net

gori Sinowjew, Präsident der kurz zuvor ins Leben gerufenen dritten Kommunistischen Internationalen (Komintern) im Frühling des Jahres 1919. Für jemanden, der einer politischen Partei angehörte, die 1905 – während der ersten russischen Revolution – in einem Land mit 130 Millionen Einwohnern ungefähr 8400 und im August 1917, drei Monate vor ihrer Machtübernahme, erst ganze 80 000 Mitglieder zählte,² war dies eine forsche Prophezeiung.

Sinowjew war nicht der einzige Optimist unter den Kommunisten: 1919 und 1920 verwandte Wladimir Iljitsch Lenin, der unangefochtene Führer der Partei, ein ungeheures Maß an Energie und Zeit darauf, die Revolution in Europa und anderen Teilen der Welt zu schüren. Auch Lenins Erfolgserwartungen schienen grenzenlos. Als er Anfang 1919 erfuhr, dass in Seattle ein fünftägiger Generalstreik stattgefunden hatte, redete er sich ein, dass in Amerika „Räte nach sowjetischem Muster“ errichtet worden seien, „die früher oder später die Macht in die eigenen Hände nehmen werden“.³ Lenin war überzeugt, dass die Kriegsjahre den Kapitalismus unterhöhlt und die Arbeiterklasse radikalisiert hätten.

Heute sind wir geneigt, diese Vorhersagen zu belächeln. Doch im 20. Jahrhundert wurden die revolutionäre Rhetorik Russlands und die Politik der Sowjetunion von vielen nachdenklichen und einflussreichen Menschen im Westen mit großer Besorgnis beobachtet – nicht nur auf der rechten Seite des politischen Spektrums, sondern auch von liberalen und gemäßigten Sozialisten. Zwischen 1917 und 1991 spielte die Sowjetunion eine entscheidende Rolle bei allen wichtigen Ereignissen, die den Lauf der Weltgeschichte beeinflussten: beim Machtantritt der Nationalsozialisten 1933, im Zweiten Weltkrieg, bei der Teilung Europas, im Kalten Krieg von 1947 bis in die 1980er Jahre, bei der Entwicklung von Atomwaffen, dem Unabhängigkeitsstreben der Kolonien in Afrika, Asien und anderswo sowie in den Konflikten im Nahen Osten. Nur allzu oft ergaben sich aus der Beteiligung der Sowjetunion von den kommunistischen Führern unbeabsichtigte Konsequenzen. So oder so hatte sie einen ungeheuren Einfluss auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts.

Attraktivität der Ideologie

Vor allem seine Ideologie machte den Kommunismus über Russlands Grenzen hinaus attraktiv. Seit seiner Bekehrung zum Marxismus im Jahr 1893 hatte Lenin die Ideen von Marx an die russischen Verhältnisse angepasst, und das von ihm entwickelte Gedankengebäude wurde zur Grundlage dessen, was man ab 1918 unter Kommunismus verstand. Zu den unverwechselbaren Grundzügen des Leninismus zählen sowohl die Ziele der Bewegung als auch die Mittel zur Erreichung derselben. Hinsichtlich der Ziele hatte sich Lenin nicht weit von Marx entfernt, doch formulierte er genauer. So sagte er voraus, das Proletariat werde nach seiner Macht-

Abraham Ascher arbeitet derzeit an einer Geschichte der Juden in Breslau während des Nationalsozialismus. Übersetzung aus dem Amerikanischen: Susanne Laux, Königswinter.

¹ Zit. nach: William Henry Chamberlain, *The Russian Revolution, 1917–1921*, New York 1960, Bd. 2, S. 378.

² Vgl. Lenin on the United States, in: *Selected Writings* by V.I. Lenin, compiled by C. Leiteizen, New York 1970, S. 386.

³ Vgl. dazu David Lane, *The Roots of Russian Communism*, Assen 1969, S. 12, sowie Leonard Schapiro, *The Communist Party of the Soviet Union*, London 1960, S. 171.

übernahme durch eine gewaltsame Revolution den bourgeois Parlamentarismus zerstören und – nach dem Vorbild der Pariser Kommune von 1871 – eine „demokratische Republik“ errichten.¹⁴ Der Privatbesitz an Produktionsmitteln werde aufgehoben und das stehende Heer abgeschafft. Funktionäre würden nicht länger wie „Bürokraten“ oder „Beamte“ agieren und könnten jederzeit aberufen werden. Ihre Löhne lägen nicht über denen eines Durchschnittsarbeiters, und sobald der Widerstand der Kapitalisten gegen die neue Ordnung „vollständig gebrochen“ und alle Klassenunterschiede beseitigt seien, werde der Staat „aufhören zu existieren“. Erst dann sei es „möglich, von Freiheit zu sprechen“. Immer häufiger sprachen die Führer der Sowjetunion von der Entstehung eines „neuen Menschen“, der sich völlig selbstlos und ohne Einschränkung dem verschreibe, was vielen als utopische Ordnung erschien.

Dieses Ziel mochte unrealistisch sein, die Leidenschaft und Rücksichtslosigkeit jedoch, mit der es von Lenin und seinen Anhängern verfochten wurde, sicherte ihnen Gehör bei den Benachteiligten. Lange bevor Lenin von der Machtübernahme in Russland auch nur träumen konnte – im Jahr 1910 – wurde Pavel Akselrod, einer der Begründer des russischen Marxismus und Führer der Menschewiki, von einem russischen Radikalen gefragt, wie Lenin „all die Spaltungen, Streitereien und Skandale“ innerhalb der Bewegung überleben und doch „so wirkungsvoll und gefährlich“ sein könne. „Weil es niemanden sonst gibt, der sich 24 Stunden am Tag mit der Revolution beschäftigt, der an nichts anderes denkt als an die Revolution und selbst im Schlaf von nichts anderem träumt als von der Revolution“, lautete die Antwort. „Versuchen Sie einmal, mit einem solchen Menschen umzugehen.“¹⁵ In seiner vielleicht einflussreichsten Schrift „Was tun?“ (1902) argumentierte Lenin im Gegensatz zu Marx, dass die Arbeiterklasse von sich aus kein Klassenbewusstsein entwickeln könne. Sich selbst überlassen, würden sich Arbeiter zu Gewerkschaftlern wandeln und der bürgerlichen Ideologie zum Opfer fallen. Für die sozialistische Partei

schlug Lenin eine Organisationsstruktur vor, die eine beharrliche Führung des Proletariats durch die radikale „Intelligenz“ einschloss, die als „Berufsrevolutionäre“ wirken sollten, Einzelpersonen, die gründlich im Marxismus geschult seien und sich keiner anderen Aufgabe als der Vorbereitung der Revolution verschrieben hätten. Massenorganisationen der Arbeiterbewegung wie etwa die Gewerkschaften könnten dieser revolutionären Partei durchaus nützlich sein, doch werde ihnen keine Mitgliedschaft zugestanden und bei der Festlegung der Parteipolitik keinerlei Mitsprache eingeräumt. Lenin offenbarte einen grenzenlosen Glauben an die Leistungsfähigkeit seines Organisationsgefüges: „Gebt uns eine Organisation von Revolutionären, und wir werden ganz Russland umstürzen.“ Diese hierarchische und elitäre Parteistruktur wurde nach der Revolution zum Modell für die staatlichen Institutionen in Russland.

Ein weiterer Wesenszug der politischen Haltung Lenins lag in seiner Vorliebe für gewaltsame Umsturzversuche. Mehrfach äußerte er, dass „wichtige Fragen im Leben der Nationen nur mit Gewalt zu lösen“ seien.¹⁶ Er empfahl die Anwendung von Gewalt nicht nur gegen die zaristischen und bürgerlichen Feinde der Massen. In einem Brief vom 11. Februar 1905 verurteilte er auch jene Genossen, die sich nur zögerlich an die Gründung revolutionärer Zirkel zur Beförderung der bolschewistischen Sache machten, und rief zu deren physischer Vernichtung auf: „Ich bin dafür, jeden standrechtlich zu erschießen, der es wagt zu behaupten, es seien nicht genug Leute zu finden. Die Menschen in Russland sind Legion, wir müssen die jungen Menschen nur umfassend und entschlossen rekrutieren, noch entschlossener und umfassender und immer noch umfassender und entschlossener . . . Wir befinden uns im Krieg.“¹⁷

Hoffnungen auf Deutschland

Für die russischen Marxisten stand fest, dass ihre Revolution auf dem Spiel stand, sollten andere Länder nicht bald ihrem Beispiel folgen. Im marxistischen Denken galt gerade das hoch entwickelte Deutschland mit seiner gro-

¹⁴ So Lenin 1917 in: Staat und Revolution. Die marxistische Theorie des Staates und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution.

¹⁵ Bertram D. Wolfe, Three Who Made A Revolution, New York 1948, S. 249.

¹⁶ Wladimir I. Lenin, Collected Works, translated by Abraham Fineberg/Julius Katzer, Moskau 1977, Bd. 9, S. 132.

¹⁷ Ebd., Bd. 8, S. 146.

ßen sozialdemokratischen Partei als das Land, das am ehesten eine Vorreiterrolle auf dem Weg zum Sozialismus übernehmen könnte. Doch die Bedingungen in beiden Ländern unterschieden sich grundsätzlich; die deutschen Arbeiter, denen es besser ging als ihren russischen Genossen, hatten bei einem Frontalangriff auf die Regierung viel zu verlieren. Einige sozialistische Führer stellten klar, dass von den deutschen Arbeitern nicht mehr als moralische und materielle Unterstützung erwartet werden könne.¹⁸

Es kann daher kaum überraschen, dass bereits während der Revolution des Jahres 1905, die im Westen weithin als gerechtfertigter Angriff auf eine archaische und brutale Autokratie gepriesen wurde, zahlreiche deutsche Linke Zweifel am taktischen Vorgehen der Leninisten äußerten, die nun Bolschewiki genannt wurden. Zwar hatten Anhänger des extremen linken Flügels der SPD die radikale Taktik Lenins und auch den fehlgeleiteten bewaffneten Aufstand in Moskau im Dezember 1905 unterstützt, doch wies eine beträchtliche Zahl von Sozialisten (unter ihnen August Bebel und Eduard Bernstein) die Vorstellung zurück, die deutschen Arbeiter sollten dem vom russischen Proletariat eingeschlagenen Weg folgen. Den Bolschewiki hätte dies später ein klares Signal sein müssen, sich nicht darauf zu verlassen, dass das Proletariat in Mitteleuropa eine Revolution nach ihrem Beispiel ausrief. Aber trotz häufig langer Jahre im westlichen Exil hatten die Funktionäre kein Gespür für die Mentalität der Arbeiter in diesem Teil der Welt entwickelt. Einer starren Ideologie verpflichtet, konnten sie sich nicht vorstellen, dass dort noch immer nationalistische Empfindungen verbreitet sein könnten, die die Arbeiter davon abhielten, sich von ausländischen Revolutionären führen zu lassen. Diese Fehleinschätzung sollte sich für lange Zeit als Fluch für die kommunistischen Führung erweisen.

Zwischen 1918 und 1921 verkalkulierte sich die politische Führung in Moskau immer wieder bei ihren Versuchen, die Revolution im Ausland und insbesondere in Deutschland

zu fördern. Diese beschränkten sich nicht nur darauf, ihre vermeintlichen Genossen zum Handeln aufzurufen. Im April 1918 entsandte die Regierung den 35-jährigen Adolf A. Joffe, einen der engsten Freunde und Berater Leo Trotzki, als ersten Repräsentanten der neuen Moskauer Obrigkeit nach Berlin. Die traditionelle Rolle eines Diplomaten lehnte Joffe ab – er weigerte sich, dem Kaiser sein Beglaubigungsschreiben vorzulegen und nahm umgehend Kontakt zu radikalen Kriegsgegnern unter den Sozialdemokraten auf, von denen viele inhaftiert waren. Er machte das Botschaftsgebäude zum „Hauptquartier der deutschen Revolution“, wo ihm die Führer der USDP (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) Geheimbesuche zur Diskussion der revolutionären Strategie abstatteten. Er gab mehr als 100 000 Reichsmark für Waffen aus, die der Linken übergeben wurden. Die deutsche Polizei unterstellte der russischen Botschaft, die Revolution anzustacheln, und arrangierte es, dass eine von Russland an die Botschaft in Berlin gesandte Kiste im Bahnhofgebäude „aus Versehen“ zu Boden fiel. Aus dem Paket ergossen sich Aufrufe an die deutschen Arbeiter, einen Aufstand gegen die Regierung anzuzetteln. Joffe beteuerte seine Unschuld, doch wurden er und sein Mitarbeiterstab einen Tag nach dem Vorfall vom 5. April 1918 ausgewiesen. Die diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion kamen für vier Jahre zum Erliegen.¹⁹ Zurück in Moskau äußerte sich Joffe unverblümt: „Wir waren zu schwach, um eine Revolution zu entfesseln.“¹¹⁰

Das Ausmaß des Versagens wurde schnell offenkundig. Der Spartakusaufstand im Januar 1919 in Berlin, der von den Kommunisten nahestehenden Radikalen angezettelt worden war, dauerte nur eine Woche und endete mit der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. In Absprache mit den regierenden Sozialdemokraten schlugen rechtsgerichtete Freikorps alle Umsturzversuche nieder. Die im April 1919 in Bayern ausgerufenen Räterepublik nach sowjetischem Vorbild konnte sich drei Wochen halten, bevor auch

¹⁸ Vgl. Abraham Ascher, *German Socialists and the Russian Revolution of 1905*, in: Ezra Mendelsohn/Marshall S. Shatz (Eds.), *Imperial Russia, 1700–1917: State, Society, Opposition. Essays in Honor of Marc Raeff*, DeKalb 1988, S. 260–277.

¹⁹ Vgl. Edward Hallett Carr, *The Bolshevik Revolution, 1917–1923*, New York 1961, Bd. 3, S. 76 f., sowie Richard Pipes, *The Russian Revolution*, New York 1990, S. 668.

¹¹⁰ Zit. nach: E. H. Carr (Anm. 9), S. 77.

sie von den Regierungstruppen niedergeworfen wurde. Der im März 1919 in Ungarn geschaffene sowjetische Staat unter Führung von Bela Kun überlebte etwas länger, büßte jedoch schnell an öffentlicher Unterstützung ein, nachdem die marxistische Regierung mit der Vergesellschaftung ernst machte und den Privatbesitz abschaffte. Am 1. August flüchtete Kun nach Wien; die Revolution war beendet. Anfang September schließlich fand der Revolutionsaufruf, den der in Baku durchgeführte „Erste Kongress der Völker des Ostens“ an „die Massen“ in Asien und Afrika richtete, nur wenig Gehör – zumal die meisten Bewohner dieser von den westlichen Kolonialmächten beherrschten Länder weder lesen noch schreiben konnten.

Diese massiven Fehlschläge veranlassten Lenin dazu, seine Strategie zu überdenken, ohne das Ideal der Weltrevolution aufzugeben. Der zweite Kongress der Komintern (Juli/August 1920) rechnete nicht mehr mit einem weiteren Vormarsch des Kommunismus in der nahen Zukunft und konzentrierte sich statt dessen auf eine Festigung der Kontrolle Moskaus über die weltweite sozialistische Bewegung. Doch die rüde Politik der Russen bewirkte nur eine weitere Entfremdung von den gemäßigten Sozialisten. Auf dem Kongress wurden die von Lenin aufgestellten „21 Bedingungen“ für die Aufnahme ausländischer Parteien in die Komintern verabschiedet. Dazu gehörte es, dass die Parteien ihre Reihen von „Reformisten und Zentristen“ zu „säubern“ hatten und illegale Organisationen gründen sollten, die zu einem geeigneten Zeitpunkt im Sinne der Revolution aktiv zu werden hatten. Sie waren gehalten, in den Streitkräften Propaganda mit dem Ziel zu betreiben, sich nicht an einer „Konterrevolution“ zu beteiligen. Sie sollten sich nach dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus, dem Führungsprinzip der KPdSU, organisieren, die Sowjetunion gegen die Konterrevolution verteidigen und alle Beschlüsse der Komintern als bindend betrachten.¹¹ Diese schroffen Bedingungen waren für viele Sozialisten inakzeptabel und führten in den meisten europäischen Parteien, die einen Beitritt zur Komintern in Betracht gezogen hatten, zur Spaltung. Ferner schwächten sie den internationalen Einfluss der Sowjetunion erheblich.

¹¹ Vgl. Richard Pipes, *Russia under the Bolshevik Regime*, New York 1980, S. 379 f.

Für wenige Jahre befand sich der politische Extremismus in Europa nun im Niedergang, und zudem stabilisierte sich die Wirtschaft in den meisten Ländern. In der ersten großen Krise nach der wirtschaftlichen Depression von 1929 schienen sich die Aussichten auf eine proletarische Revolution insbesondere in Deutschland wieder zu verbessern, doch erneut verspekulierten sich die sowjetischen Führer. Die höchste Gefahr ging vom raschen politischen Aufstieg des extremen rechten Flügels in Deutschland aus, der die Weimarer Republik verachtete und zu einer Abschaffung der Demokratie entschlossen war. In den Jahren 1928 bis 1932 konnten die Nationalsozialisten ihren Stimmenanteil von 2,6 auf 37,4 Prozent (230 Sitze im Deutschen Reichstag) steigern und wurden zur stärksten Partei. Gleichermaßen unheilvoll für die Republik war der Rückgang des Stimmenanteils der SPD sowie die wachsende Unterstützung für die Kommunisten. Um die Machtübertragung auf die Nationalsozialisten zu verhindern, hätten Kommunisten und Sozialdemokraten einen Block bilden und sich den Kräften der politischen Mitte anschließen müssen, die sich der Weimarer Republik verpflichtet fühlten.

Doch die von Moskau diktierte Strategie wies in eine völlig andere Richtung. Überzeugt davon, dass sie sich der Unterstützung einer Mehrheit der deutschen Arbeiter sicher sein können, begannen die Kommunisten 1929 damit, die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ zu verunglimpfen, mit denen jede Zusammenarbeit unmöglich sei. Eineinhalb Jahre später erklärte KPD-Führer Ernst Thälmann, eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der Sozialdemokraten spalte und verwirre das Proletariat und sei damit „tausendmal schlimmer als eine offen faschistische Diktatur, die einem geeinten, zum Kampf für seine Interessen entschlossenen Proletariat gegenüberstehen würde“. Und Hermann Remmele, ein anderer führender Kommunist, behauptete, es sei „nicht schlimmer, unter Brüning zu hungern als unter Hitler“.¹²

Gewiss haben die Sozialdemokraten (insbesondere jene, die der preußischen Regierung angehörten) nicht immer die hehren Prinzipien der Demokratie hoch gehalten. 1929 beispielsweise hatte die Obrigkeit aus

¹² Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Offenbach 1948, S. 165 ff.

Furcht vor gewalttätigen Ausschreitungen die Demonstrationen zum 1. Mai verboten. Die Kommunisten organisierten einen unbewaffneten Protestmarsch und wurden von der Polizei unter Führung von SPD-Funktionären mit Gummiknüppeln und Feuerwaffen auseinandergetrieben. In den Tagen danach gab es bewaffnete Zusammenstöße mit 25 getöteten und 36 schwer verletzten Zivilisten.¹³ Derartige Vorfälle aber mit der Politik Hitlers gleichzusetzen, war grotesk, und das sollten die Kommunisten zu ihrem Leidwesen bald erfahren. Für sie bedeutete die Naziherrschaft nicht nur die Zerschlagung ihrer Partei in Deutschland; der Weltkrieg kostete die Sowjetunion allein über 20 Millionen Tote.¹⁴

Ausbreitung des Kommunismus

Angesichts des wirtschaftlichen Niedergangs in den 1930er Jahren und des Anspruchs der Kommunisten, der einzige kompromissslose Gegner der Naziherrschaft zu sein, betrachteten eine wachsende Zahl von Intellektuellen im Westen und Aktivisten der Arbeiterbewegung das sozialistische Experiment in Russland als höchst erfolgreich und human. Nicht alle dieser so genannten *Fellow Travelers* waren für ein Loblied auf das sowjetische Gemeinwesen so wenig qualifiziert wie der amerikanische Journalist Lincoln Steffens, der 1921 nach einem kurzen Besuch in Russland erklärte: „Ich bin in der Zukunft gewesen, und sie funktioniert.“¹⁵ Für Intellektuelle war es nicht ungewöhnlich, Entschuldigungen für die brutale Wirklichkeit des sowjetischen Alltags vorzubringen oder diese gar zu verleugnen – selbst die gewaltsame Vertreibung von Millionen Bauern, die Zwangskollektivierung, die „Säuberungen“ in der Partei und die Hinrichtung von tausenden Parteifunktionären und Armeeeoffizieren, die Errichtung von Arbeitslagern für Millionen unschuldiger Bürger und den abgrundtief niedrigen Lebensstandard.

Die wohlwollende Einschätzung des an der Macht befindlichen Kommunismus wurde im August 1939 schwer erschüttert, als Stalin einen Nichtangriffspakt mit Hitler unter-

zeichnete, der einen regen Handel zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich vorsah, eine Aufteilung Polens und die sowjetische Besetzung Estlands, Lettland und Litauens. Dieser Pakt gab Hitler freie Hand für den Angriff auf Polen und den Beginn des Zweiten Weltkriegs. Schockiert kehrten viele westliche Kommunisten der Partei den Rücken, und viele Mitläufer revidierten ihr Bild von der stalinistischen Herrschaft.

Doch mit Hitlers Angriff auf die Sowjetunion im Juni 1941 änderte sich die Stimmung. Der heftige Widerstand gegen die Invasoren und der enorme Beitrag der Sowjetunion zum Sieg über Nazideutschland stärkte nicht nur Stalins Prestige, sondern auch das der gesamten sozialen und politischen Ordnung der Sowjetunion. Am Ende des Krieges hatten sich die sowjetischen Streitkräfte in Osteuropa festgesetzt, und bald danach gerieten die baltischen Staaten, Polen, Ungarn, Ostdeutschland, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien und am Ende auch die Tschechoslowakei unter die Knute des Kommunismus. In Frankreich und Italien konnten die kommunistischen Parteien, denen eine Führungsrolle im Kampf gegen den Nationalsozialismus beigemessen wurde, große Wahlerfolge erzielen und wurden zur Massenbewegung. 1949 übernahmen die Kommunisten die Macht in China; damit lebte nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung unter kommunistischer Herrschaft.

Die Vorhersagen aus dem Jahr 1919 über die unaufhaltsame Ausbreitung des Sowjetsozialismus schienen sich zu bestätigen. Einige Jahre lang hing die Zukunft Europas trotz der großen Unterstützung der USA für die europäische Wirtschaft und für nichtkommunistische Parteien in der Schwebe. Der Vormarsch des Kommunismus in Europa war jedoch (mit Ausnahme Jugoslawiens) nicht das Resultat von Volksrevolutionen, sondern wurde mit sowjetischen Bajonetten erzwungen. Die sowjetische Herrschaft bzw. der Sozialismus sowjetischer Prägung wurde in den neuen „Volksdemokratien“ keineswegs begrüßt. Zwischen 1948 und den frühen 1980er Jahren verzeichnete Osteuropa nicht weniger als fünf große Erhebungen gegen die Sowjet-herrschaft. Zudem begann die Volksrepublik China 1957, sich von der Sowjetunion zu lösen.

¹³ Vgl. ebd., S. 155.

¹⁴ Vgl. James I. Stokesbury, *A Short History of World War II*, New York 1980, S. 379 f.

¹⁵ Lincoln Steffens, *The Autobiography*, New York 1931, S. 799.

Von den 1950er Jahren an stand der Weltkommunismus im Innern unter beträchtlichem Druck. Doch vier Jahrzehnte lang neigten die meisten politischen Beobachter dazu, vor diesen Anzeichen von Schwäche die Augen zu verschließen. Im 1947 einsetzenden Kalten Krieg trugen zwei Supermächte eine Schlacht aus, die jeden Kontinent der Erde berührte, und viele befürchteten einen neuen Weltkrieg oder die weitere Ausbreitung des Kommunismus. Die Auffassung, die Sowjet-herrscher könnten ihre immense Militärmacht – eine Armee, die zwischen drei und fünf Millionen Soldaten zählte – zur Niederschlagung jeder Opposition in ihrem Einflussbereich einsetzen, war weit verbreitet.

Selbst weit entfernt von ihren Grenzen schien die Sowjetunion auf dem Vormarsch zu sein. 1959 übernahm eine von Fidel Castro angeführte Rebellenbewegung die Macht auf Kuba, 90 Meilen entfernt von der Küste Floridas. Zwei Jahre später bekannte sich Castro zum Marxismus-Leninismus und erklärte, in seinem Land den Kommunismus einführen zu wollen. Seit den 1950er Jahren hatten die Kommunisten zudem ihren Einfluss in den neuen Staaten Asiens und Afrikas ausgebaut, die nach dem Rückzug der westlichen Kolonialmächte entstanden waren – etwa in Indonesien, Indien, Burma und den Philippinen. Zahlreiche Angehörige der Intelligenzia in diesen Ländern hatten in London, Paris und an amerikanischen Universitäten studiert und waren dort mit dem Marxismus in Kontakt gekommen. Zusätzlich verstärkte die Sowjetunion ihre wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die Länder im Nahen Osten, vor allem für Ägypten und Syrien.

Doch es dauerte nicht lange, bis die Länder in den unterentwickelten Regionen ihre Illusionen über den neuen Verbündeten verloren. Zum einen waren die in den früheren Kolonialstaaten an die Macht gelangten gesellschaftlichen Gruppen zwar an ihrer Unabhängigkeit interessiert, aber wenig angetan von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Revolution, die 1917 in Russland stattgefunden hatte. Häufig erwies sich die von den sowjetischen Freunden bereitgestellte militärische Hilfe als den Waffen des Westens unterlegen, wie etwa Ägypten und Syrien 1967 im Sechstagekrieg gegen Israel erkennen mussten. Afrikanische Studenten, die zum Studium in sowjetische Städte und auf den

Balkan strömten, waren nicht selten entsetzt über die rassistischen Beleidigungen, denen sie dort ausgesetzt waren. Und zum anderen mussten die Regierungen in den Entwicklungsländern nur allzu oft feststellen, dass die sowjetischen „Berater“ nicht weniger herablassend auftraten als ihre westlichen Vorgänger. Die Beziehungen zwischen den Regierungen der entkolonialisierten Staaten und den sowjetischen Machthabern wurden angespannter.

Ende des Experiments

Zum 50. Jahrestag der kommunistischen Machtübernahme in Russland im Jahr 1967 bezeichnete es der Universalhistoriker Arnold Toynbee als „erstaunlich und ungewöhnlich“, dass „Lenins totalitäres Regime“ derart lange überlebt habe. Hugh Seton-Watson prophezeite, bereits Ende des 20. Jahrhunderts müssten „Studenten, die sich mit dem Verlauf des Niedergangs und des Zusammenbruchs von Herrschaftssystemen beschäftigen“, auch mit der Sowjetunion befassen, ein subtiler Hinweis darauf, dass die Sowjetunion keineswegs so stabil war wie allgemein angenommen.¹⁶ Seton-Watson irrte sich nur um ungefähr zehn Jahre.

Historikern wird das 20. Jahrhundert als jenes Zeitalter gelten, in dem das revolutionäre Russland eine grundsätzlich neue gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische (Welt-)Ordnung zu errichten suchte. Diese war jedoch zu weltfremd und idealistisch, um von den wirtschaftlich entwickelteren Staaten angenommen zu werden, und zu ineffektiv und politisch unattraktiv, um selbst dort, wo sie umgesetzt wurde, lange zu überdauern. Das vielleicht bleibendste Erbe des Kommunismus sind die Verwüstungen, die er in den Volkswirtschaften, im gesellschaftlichen und im politischen System dieser Länder angerichtet hat. Es wird Jahrzehnte dauern, bis diese Verwüstungen überwunden sind.

¹⁶ Vgl. Neill McInnes, *The Impact of the Russian Revolution 1917–1967*, London 1967, S. 29, S. 205.

APuZ

Nächste Ausgabe 46/2007 · 12. November 2007

Geisteswissenschaften

Harald Welzer

Die Verkürzung mentaler Bremswege als Aufgabe der Geisteswissenschaften

Volker Gerhardt

Die Logik des Wissens: Zur Einheit von Natur- und Geisteswissenschaften

Michael Klein · Ernst-Theodor Rietschel

Schnittstellen zwischen Geistes- und Naturwissenschaften

Albrecht Koschorke

Über die angebliche Misere der Geisteswissenschaften

Peter Strohschneider

Freiraum für Geisteswissenschaften

Dirk Klose

„Berliner Klassik“ – ein Projekt der Akademien der Wissenschaften

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Katharina Belwe
Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Dr. Ludwig Watzal
Sabine Klingelhöfer

Redaktionelle Mitarbeit:
Johannes Piepenbrink (Volontär)

Telefon: (0 18 88) 5 15-0
oder (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH,
60268 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81,
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Oktoberrevolution

APuZ 44–45/2007

Leonid Luks

3–6 1917 und 1991 – zwei Revolutionen im Vergleich

Am 21. August 1991 nahmen die russischen Demokraten eine Art Revanche für das Debakel, das die Bolschewiki ihnen im Oktober 1917 bereitet hatten. Die Kommunisten wirkten nun unbeholfen wie einst ihre demokratischen Widersacher. Den Glauben an die Utopie wie an sich selbst hatten sie längst verloren.

Jörg Baberowski

7–13 Was war die Oktoberrevolution?

Die siegreichen Bolschewiki waren Gewalttäter, die der Krieg hervorgebracht hatte. Ihre Revolution vernichtete nicht nur das alte Russland und seine europäischen Eliten, sie war zugleich der Sieg einer vormodernen Gewaltdiktatur über die Freiheitsversprechen des russischen Liberalismus.

Norman Naimark

14–20 Revolution, Stalinismus und Genozid

Die Revolution von 1917 brachte eine Elite an die Macht, die für die Gefangennahme und den Tod von Zigmillionen verantwortlich war. Die extremste Gewalt in der sowjetischen Geschichte fand während der Zeit der „Zweiten Revolution“ und des Aufstiegs Stalins zum allmächtigen Diktator statt.

Irina Scherbakowa

21–26 1917/1937 und das heutige Russland

Kann Verantwortung für die Vergangenheit zu einem wichtigen Faktor bei der Herausbildung demokratischer Werte werden? Die Verantwortung für die Vermittlung und Erhaltung der Wahrheit über die Sowjetzeit ist heute nahezu die wichtigste Aufgabe für die Zivilgesellschaft in Russland.

Gerd Koenen

27–32 Der deutsch-russische Nexus

Bis heute ist unklar, wie die mit deutscher Hilfe (mit)ermöglichte Machteroberung der Bolschewiki zum Untergang der Weimarer Republik und Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen hat.

Abraham Ascher

33–38 Das revolutionäre Russland in der Welt

Das 20. Jahrhundert kann als Zeitalter gelten, in dem das revolutionäre Russland eine neue gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische (Welt-)Ordnung zu errichten suchte. Diese war jedoch zu ineffektiv und politisch zu unattraktiv, um selbst dort, wo sie umgesetzt wurde, zu überdauern.